

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dinsch 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drehanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 19. März 1930

Ein Warnungssignal.

Archiv-Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Reichs-Exekutive gegen Thüringen?

SPD. Der Brief des Reichsinnenministers an das Thüringische Staatsministerium ist ein Warnungssignal, das längst fällig war und insbesondere die Deutsche Volkspartei in Thüringen vor die Frage stellen sollte, ob sie den gegenwärtigen Zustand der Aera des Putschisten Frick länger dulden will oder ertragen kann.

Am gleichen Tage, an dem das Schreiben des Reichsinnenministers an das thüringische Finanzministerium bekanntgegeben wurde, hat der Nationalsozialist Dr. Frick im Thüringischen Landtags erklärt, dass er seine Ministertätigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausüben werde. Die Nationalsozialistische Partei hat ferner wiederholt öffentlich feststellen lassen, dass sie die Verfassung von Weimar gewaltsam stürzen wolle, um das sogenannte dritte Reich an ihre Stelle zu setzen. Ihre Reichstagsabgeordneten verkünden regelmässig von der Tribüne des Reichstags herab, dass es ihre Absicht sei, die Reichsregierung vor einen sogenannten Staatsgerichtshof des dritten Reiches zu stellen und ihre Mitglieder aufzuhängen und zu köpfen. Herr Frick hat als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ähnliche Erklärungen abgegeben.

Dass ein solcher Mann, der noch dazu des offenen Hochverrats gegen die Reichsverfassung im Jahre 1923 sich schuldig gemacht hat, überhaupt Minister eines deutschen Landes werden konnte, ist ein unhaltbarer Zustand. Dass eine Verfassungspartei wie die Deutsche Volkspartei, diesem Manne ihre Stimmen gegeben hat und ihn weiter duldet, obgleich zahlreiche Handlungen des Herrn Frick beweisen, dass er nicht nach der Verfassung, sondern als Putschist zu regieren gedenkt, ist ausserordentlich belastend für diese Partei.

Die Episode der Ministerschaft Fricks war nur möglich in einer Zeit, in der die gesamte Reichsregierung und auch der Reichsinnenminister ihr ganzes Augenmerk auf die Verabschiedung des Youngplanes und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme richten mussten. Der Reichsinnenminister hatte zudem die Aufgabe, das neue Republikschutzgesetz im Reichstage durchzusetzen. Er hat indessen die Ministerschaft des Herrn Frick sehr genau beobachtet. Sein Schritt, die Polizeisubventionen für Thüringen zu sperren, ist nicht von gestern auf heute beschlossen worden. Er ist das Ergebnis einer Reihe von Handlungen bzw. Ausserungen des thüringischen Innenministers, die sehr deutlich beweisen, dass Herr Frick in Wahrheit seine Ministertätigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausübt, d.h., dass er bestrebt ist, das Land Thüringen zu einem Hort aller Putschisten, zu einem Zentrum des Hochverrats gegen das Reich zu machen. Die unverschämte öffentliche Antwort, die Herr Frick auf ein amtliches Schreiben des Reichsinnenministeriums gegeben hat, zeigt deutlichgenug, welche Haltung er gegenüber dem Reich und seiner Regierung einzunehmen gedenkt.

Der Schritt des Reichsinnenministers hat selbstverständlich grosses Auf-

sehen erregt. Die Presse der Deutschnationalen versucht seine Rechtmässigkeit zu bezweifeln; aber wirkliche Verteidiger für Herrn Frick finden sich nicht. Der Schritt des Reichsinnenministers ist selbstverständlich in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Über seine Rechtmässigkeit ist gar kein Zweifel. Die Polizei der Länder wird vom Reiche unterstützt aus einem Dispositionsfonds, der für diesen Zweck bestimmt ist. Dieser Fonds beträgt etwa 200 Millionen Mark, er ist festgelegt durch die Reichstagsdrucksache Nr.4047. Die Art der Verteilung ist geregelt durch ein Abkommen zwischen Reich und Ländern, in dem gleichzeitig bestimmt ist, unter welchen Voraussetzungen der Reichsminister des Innern die Zuschüsse sperren kann. Zu den Voraussetzungen der Hingabe gehören in erster Linie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die strikte Wahrung der Reichsverfassung und der geltenden Gesetze in den Ländern. Die Entscheidung des Reichsinnenministers, dass diese Voraussetzungen unter der Regierung des Herrn Frick in Thüringen nicht mehr gegeben sind, bedarf nach den Worten und Taten des Herrn Frick keiner Begründung weiter. Der Fall Janson, der nach der Beschlussfassung des Reichsinnenministers bekannt geworden ist, liefert noch eine nachträgliche Bestätigung dafür, dass der Reichsinnenminister mit der Sperre der Polizeisubvention nur seine selbstverständliche Pflicht zur Wahrung der Verfassung gegenüber dem Land Thüringen erfüllt hat.

Die Sperre bezieht sich aber daneben noch auf Zuschüsse kultureller Art, die aus einem Dispositionsfonds des Reichsinnenministeriums an die Länder gegeben werden. In welcher Weise Herr Frick seine Kulturpolitik zu treiben gedenkt, hat seine Aufhebung des Verbotes des nationalsozialistischen Schülerbundes "Adler und Falken" gezeigt. Es ist selbstverständlich, dass das Reich ihm keine Mittel zur Unterstützung derartiger Organisationen zur Verfügung stellt. Die Entscheidung über derartige Subventionen liegt im übrigen beim Reichsinnenminister allein.

Über weitere Pläne und Massnahmen der Reichsregierung gegenüber der Regierung des Herrn Frick ist bisher nicht bekannt geworden. Es wäre naheliegend, dass nun eine kommissarische Prüfung der Verhältnisse in Thüringen, namentlich bei der Thüringer Polizei eingeleitet wird und dass weitere Entschliessungen davon abhängig gemacht werden. Welche Konsequenzen Herr Frick selbst zu ziehen gedenkt, bleibt abzuwarten.

Indessen sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass eine Partei, die wie die Deutsche Volkspartei, Wert darauf legt, eine Verfassungspartei zu sein, sich von einem offenkundigen Hochverräter trennt und nicht erst Anlass zu weiteren ungleich ernsteren Massnahmen gibt. Wenn es stimmt, dass ihr von Berlin aus nahegelegt worden ist, der Aera Frick bald ein Ende zu machen und sie selbst dazu bereits entschlossen ist, so würden sich diese ernsteren Massnahmen nicht zuletzt im Interesse Thüringens erübrigen.

SPD. Hamburg, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten haben bei den Wahlen zu den Gewerkschaftsfunktionen und zu den Betriebsräten für den Hamburger Hafenbetrieb eine schwere Niederlage erlitten. In einigen Hafenarbeitergruppen, in denen sie bisher einen gewissen Anhang besaßen, haben sie nunmehr völlig ausgespielt. So wurden bei den Ewerführern und Schauerleuten, den Schiffsreinigern, den Speicherarbeitern, den Köhlenbunkerleuten, den Quaiarbeitern und den Lagerhausarbeitern nur Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt. Es steht nur noch die Wahl kleiner Gruppen wie der Ladungskontrollen und der Holzplatzarbeiter aus. Sie dürften für die freien Gewerkschaften ebenfalls günstig ausfallen.

Der Hamburger Hafenbetrieb, der etwa 18 bis 20 000 Arbeitern Beschäftigung bietet, wird also in Zukunft organisatorisch vollkommen von den freien Gewerkschaften erfasst werden.

SPD. Am Dienstag wird sich das Preussische Kabinett voraussichtlich endgültig mit der Besetzung der freien bzw. in absehbarer Zeit frei werdenden Oberpräsidien und Regierungspräsidien beschäftigen. Es ist aus politischen Gründen an der Zeit, die Entscheidung über diese personellen Fragen nicht länger hinauszuschieben.

Neu zu besetzen sind insgesamt drei Oberpräsidien und fünf Regierungspräsidien. Davon wird die Sozialdemokratie das Oberpräsidium in Kassel mit dem Abgeordneten des Preussischen Landtages Haas, das Regierungspräsidium in Stettin mit dem Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten, dem Ministerialrat im Preussischen Ministerium des Innern Dr. Simons, und das Amt des Regierungspräsidenten in Frankfurt a.O. mit dem bisherigen Vizepräsidenten einer anderen Regierung besetzen. Oberpräsident in Stettin wird der gegenwärtige, der Volkspartei nahestehende Regierungspräsident in Stettin von Halfern. Wer Oberpräsident bzw. Regierungspräsident in Magdeburg wird, steht bisher ebensowenig fest wie die Besetzung der Regierungspräsidien in Potsdam bzw. Erfurt, für das anfänglich der Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, Professor Dr. Hentschel, in Aussicht genommen war. Hentschel hat von sich aus gebeten, seine bereits dem Preussischen Kabinett vorgeschlagene Kandidatur nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Es ist bemerkenswert, dass ausser den Demokraten inzwischen auch das Zentrum hinsichtlich der Neubesetzung der freien bzw. frei werdenden Ober- und Regierungspräsidien gewisse Wünsche angemeldet hat. Der Machthunger der Demokraten hat schon immer im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Stärke im Parlament und ihrem Anhang im Lande gestanden. Sie fordern hohe und höchste Ämter in der preussischen Verwaltung, ohne in den Bezirken dieser Verwaltung auch nur 10 Prozent oder gar noch weniger der Bevölkerung hinter sich zu haben. An dieser Methode scheint das Zentrum neuerdings Gefallen gefunden zu haben; denn in den Bezirken jener Verwaltungsstellen, die in diesen Tagen endgültig besetzt werden sollen, ist das Zentrum kaum stärker vertreten als die Demokratische Partei. An sich sind auch wir der Auffassung, dass für die Besetzung hoher Verwaltungsstellen die Qualität der Bewerber bzw. Kandidaten mit entscheidend sein muss oder ausschlaggebend sein kann. Aber an Qualitäten, wie sie die Demokratische Partei und das Zentrum zu präsentieren haben, besitzt die Sozialdemokratie entsprechend ihrer ziffernmässigen Vertretung innerhalb der Bevölkerung wesentlich mehr, wenn nicht bessere. Da die Sozialdemokratie andererseits, in den mit neuen Ober- bzw. Regierungspräsidenten zu besetzenden Bezirken über ein Vielfaches des Anhangs der Demokraten und des Zentrums zusammen verfügt, entspricht eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Kandidaten schliesslich auch einem staatspolitischen Interesse.

SPD. Dresden, 19. März (Eig. Drahtb)

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdner Unruhen verhafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Leute, die schon wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen vorbestraft sind. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdner Unruhen von der Polizei nicht gefasst. Dieses Rätsel findet seine Lösung durch eine Mitteilung der "Dresdner Volkszeitung", nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kursen in Russland weilte, wie folgt geäussert hat: "Von unseren Leuten gerät keiner in die Hände der Polizei. Durch ein Rundschreiben der Partei ist allen Mitgliedern der KPD befohlen, sich bei Zusammenstössen mit der Polizei sofort aus den Demonstrationszügen zurückzuziehen und zu verschwinden." Als Opfer der KPD-Taktik sind also die unorganisierten Erwerbslosen von der kommunistischen Führung ausersehen.

Der Presseberichterstatter Paul Kiessling ist inzwischen ein Opfer der Dresdener Unruhen geworden. Er erhielt bei der Ausübung seiner Berichterstat-ter-Tätigkeit von einem Polizeibeamten im Gedränge einen Hieb mit dem Gummiknüppel. Da Kiessling zuckerkrank war, ist er den Folgen dieser Verletzungen erlegen.

SPD. Der Kampf um die von Moskau befohlene neue Wendung in der KPD ist in vollem Gange. Von Sachsen behauptet das Tagesorgan der Brandler-Gruppe, dass dort die Thälmannrichtung bereits in der Minderheit gegenüber der neuen links-kommunistischen Opposition sei. Auf sie habe sich Kemmel bisher im Kampf gegen die Partei-Rechten gestützt. In einer Mitgliederversammlung sei offen erklärt worden, dass nach dem Hinauswurf der Rechten "Thälmann selbst drankomme", gegen den die Gruppe um den Reichstagsabgeordneten Bertz-Chomnitz seit langem immer wieder vorstosse. Bertz gelte als Willensvollstrecker Maslows, der auf seine Stunde warte.

Das rechtskommunistische Blatt weiss ferner zu berichten, dass die kommunistische Parteileitung aus Furcht vor einer Mehrheit der Linkskommunistischen Opposition drei sächsische Bezirke zu einem zusammenlegen musste. Vergeblich suche sich Thälmann der sächsischen Opposition zu erwehren. Zahlreiche Organisationen der KPD Sachsens, so in Thekla und Leipzig-West hätten mit Mehrheit den Übertritt zur Opposition beschlossen und die Wiederaufnahme ausgeschlossener Oppositioneller verlangt.

SPD. Weimar, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtages, Maschler wurde am Mittwoch von dem Präsidenten des Landtages, dem Landbund-Mitglied und Rittergutsbesitzer Kammerherr v. Thimmel nach drei Ordnungsrufen wegen flegelhaften Benehmens aus dem Saal verwiesen. Maschler gehört der Thüringischen Regierung als Staatsratsmitglied an. Sein Benehmen in der Mittwochsitzung des Landtages war so rüpelhaft und gemein, dass sich der Landbund-Präsident nicht anders helfen wusste, als das Regierungsmitglied und den Vizepräsidenten auszuschliessen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anlässlich der Beratung eines kommunistischen Antrages gegen das Republikenschutzgesetz noch zu einem heiteren Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Mörderparteien. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gewesen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, dass der Putschist Frick während des ganzen Krieges "Heimkrieg" gespielt habe. Der Putschist erwiderte: "Ich war während des Krieges dort, wo mich mein bayerischer König hingestellt hat!"

Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Frick minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.

SPD. Genf, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die Wirtschaftskonferenz hielt am Mittwoch keine öffentliche Sitzung ab. Die erste öffentliche Sitzung des entscheidenden ersten Ausschusses findet erst am Freitag statt. Die Verhandlungen in den Unterausschüssen haben ergeben, dass es möglich ist, alle Staaten auf das Fallenlassen der Ausnahmen zu einigen wenn ihnen eine gewisse Freiheit besonders in bezug auf die Verzollung der landwirtschaftlichen Produkte eingeräumt wird. Die deutsche und französische Delegation stehen mit ihren Regierungen im Meinungsaustausch und haben sich ihre Zustimmung zu der Einigungsformel bis Freitag vorbehalten.

SPD. Dresden, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag trat am Mittwoch in die Beratung des Staatshaushaltes ein, trotzdem das Kabinett Bünger nur die Geschäfte führt und zu politischen Erklärungen oder Entscheidungen nicht berechtigt ist.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel übte an dem von dem wirtschaftsparteilichen Finanzminister Weber vorgelegten balancierten Etat schärfste Kritik. Er hob hervor, dass auch die Sozialdemokratie die Ausbalancierung des Etat wünsche, dass dieses Ziel aber nicht erreicht werden dürfe durch die von Weber geforderte Einschränkung von Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Edel wies insbesondere darauf hin, dass in Sachsen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und Grundsteuer wesentlich niedriger seien, als in anderen Teilen Deutschlands, sodass hier noch mehr Einnahmen für Staat und Gemeinden erschlossen werden könnten.

Der volksparteiliche Abgeordnete und Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Blüher trat der Kritik des Sozialdemokraten Edel nicht entgegen, sondern übte an dem von seinem Koalitionsgenossen Weber vorgelegten Etat ebenfalls schärfste Kritik. Je mehr - so sagte er, - man sich mit dem Etat befasse, umso bedenklicher sehe er aus. Insbesondere tadelte er, dass ein erheblicher Teil der Einsparungen auf Kosten der Bezirksverbände und Gemeinden erfolgen solle.

SPD. Paris, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerrat hat beschlossen, beide Kammern des französischen Parlaments aufzufordern, die Aussprache über die Ratifizierungsvorlagen für Young-Plan und über die Haager Vereinbarungen am 25. März zu beginnen. Die Debatte soll möglichst beschleunigt werden, um keine Verzögerung in der Ingangsetzung des neuen Planes, der Installierung der Reparationsbank und der Auflage der Reparationsanleihe eintreten zu lassen.

SPD. Weimar, 19. März (Eig. Drahtb.)

Als die Sozialdemokratische Partei Thüringens in Gemeinschaft mit der Thüringischen Landtagsfraktion der SPD nach der Wahl der gegenwärtigen thüringischen Landesregierung einen scharfen, öffentlichen Protest gegen die Wahl des Nationalsozialisten Frick als Innen- und Volksbildungsminister erliess, liess Frick mit der Beschlagnahme des Plakates antworten. Er fühlte sich insbesondere durch die Feststellung beleidigt, "dass er wegen Hochverrats zu einer Festungsstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt worden ist". Den von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Beschlagnahme der Plakate erhobenen Beschwerden hat die zweite Strafkammer beim Thüringischen Landgericht jetzt stattgegeben. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingehalten worden ist.

SPD. Batavia, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die indonesische Regierung hat gemäss dem Gutachten des ständigen Arbeitsausschusses für die Ostküste von Sumatra beschlossen, den heute noch für mehrere 100 000 Kulis geltenden strafweisen Arbeitszwang vom 1. Januar 1932 allmählich abzubauen. Der Abbau soll so vor sich gehen, dass am 31. Dezember 1935 bereits die Hälfte der Arbeiterschaft der grossen Pflanzungen aus freien Arbeitern besteht.

SPD. Paris, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungskrise seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargruben, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in den Besitz des preussischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einen deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat, und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig undiskutierbar ablehnt, hält die französische Regierung mit zäher Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, dass man in Frankreich sehr genau weiss, dass die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll Arnold Rechberg neuerdings in Paris im Namen der deutschen Industrie einen von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromissvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen 1/3 die deutsche, 1/3 die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preussische Fiskus erhalten. Die deutsche Schwerindustrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zuständigen Reichsstellen und unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgesamtheit für die eigene Tasche zu arbeiten.

SPD. Dem Reichstag sind die Anträge der Regierungsparteien zur Abänderung der Zölle für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse inzwischen zugegangen. Sie werden am Montag beraten werden. Damit ist die ursprüngliche Absicht der agrarischen Parteien der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung für die Erhöhung der Zölle zu erteilen, gescheitert. Diese Ermächtigung hätte nicht nur das Parlament von einem der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgabengebiete ausgeschaltet. Sie hätte auch die Gefahr hervorgerufen, dass unter dem Druck der Agrarier die Regierung sich gezwungen gesehen hätte, weitgehende Zugeständnisse zu machen, die sowohl die Lebensinteressen der verbrauchenden Bevölkerung als auch der industriellen Erzeugung schwer gefährdet haben würden.

Die Änderungen der Zollsätze für Malz, Kleie, die Maltakartoffeln haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Veränderungen bei Gerste und Hafer und die Einführung eines Staatsmonopols für Mais dienen dem Schutz der inländischen Roggenerzeugung und sind mit Sicherungen für die Viehzüchter verbunden. Die Zollsätze für Roggen, das wichtigste Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung bleiben unverändert. Die Zollsätze für Weizen, die sich bisher zwischen 3,50 Mark und 9,50 Mark bewegten, sollen sich künftig zwischen 1,50 Mark und 12 Mark bewegen. Dabei bleibt aber der bisherige Richtpreis von 26 Mark pro Doppelzentner unverändert. Der Mehlzoll wird der Veränderung des Weizenzolls angepasst. Der Zoll auf Zucker wird von 25 auf 32 Mark für den Doppelzentner erhöht, der Höchstpreis dafür aber von 21 Mark auf 20,50 Mark pro Zentner, also um eine Mark pro Doppelzentner herabgesetzt. Die Erhöhung des Zolles ist auf die Preisgestaltung des Zuckers ohne Einfluss und soll nur den deutschen Zuckerrübenbau vor verstärkter tschechischer Schmutzkonkurrenz schützen. Die Ermässi-

sigung des Höchstpreises um 50 Pfg. bedeutet für den Konsum eine Ersparnis von insgesamt 15 Millionen Mark.

Alle diese Massnahmen sollen die deutsche Landwirtschaft vor der immer stärker werdenden Schleuderkonkurrenz des Auslandes schützen. Das liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft. Je geringer die Kaufkraft der Landwirtschaft ist, umso grösser wird die Arbeitslosigkeit in denjenigen Industriezweigen sein, die Erzeugnisse für die Landwirtschaft herstellen.

Selbstverständlich musste in den tagelangen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien die Sozialdemokratie allen Einfluss aufbieten, um zu weit gehende, nicht durch die augenblicklichen Notzustände gerechtfertigten Massnahmen zu verhindern. Das ist ihr gelungen. Die Veränderungen der Zölle sind jetzt so gestaltet, dass zwar Katastrophenpreise für die Landwirtschaft vermieden werden, dass aber auch Preiserhöhungen für die Verbraucher gegenüber dem augenblicklichen Stand nicht zu erwarten sind. Das gilt in erster Linie vom Brot. Eine Erhöhung des Zolles auf Roggen konnte abgewehrt werden. Die Erhöhung des Zolles auf Weizen wird kaum eine Auswirkung auf den Brotpreis haben können, weil die heutigen Brotpreise bereits höheren Weizenpreisen entsprechen. Die Ermässigung des Zuckerpreises trotz gleichzeitiger Erhöhung des Zuckerzolls ist gegen den heftigsten Widerstand der Deutschen Volkspartei durchgesetzt worden.

Unter den beabsichtigten Massnahmen hat die Neugestaltung des Zolls auf Gerste und die Einführung des Maismonopols die grösste Bedeutung. Das Maismonopol, das nur von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei vertreten wird und das die Demokraten und die Deutsche Volkspartei ablehnen werden, ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege einer geregelten öffentlichen Bewirtschaftung eines wichtigen Agrarerzeugnisses. Die bewegliche Festsetzung des Gerstenzolls mit einer unteren Grenze von 2 Mark und einer oberen Grenze von 10 Mark bedeutet wenigstens im Grundsatz die Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung, die im Dezember nicht durchgesetzt werden konnte. Die Wiederherstellung des 2-Mark-Zolles soll die bäuerliche Veredelungswirtschaft vor einer Steigerung der Produktionskosten schützen. Beide Massnahmen zusammen sollen eine verstärkte Fütterung von Roggen bewirken und dadurch dazu beitragen, dass der Roggenpreis, der zur Zeit unter Vorkriegsniveau liegt, auf eine erträgliche Höhe gebracht wird.

SPD. Warschau, 19. März (Eig. Drahtb)

Die am Dienstag zwischen dem deutschen Botschafter in Moskau von Dirksen und dem stellvertretenden russischen Aussenkommissar Litwinoff geführten Besprechungen stellten gewissermassen eine Fortsetzung der in Berlin geführten Erörterungen zwischen dem Reichsaussenminister und dem russischen Botschafter Krestinski über die zwischen Deutschland und Russland schwebenden strittigen Fragen dar. Es kann nach den in hiesigen gut unterrichteten Kreisen vorliegenden Meldungen keinem Zweifel unterliegen, dass auch in den Moskauer Besprechungen das Verhältnis der Sowjet-Regierung zu den Komintern eingehend erörtert worden ist. Die russische Regierung soll insbesondere Beschwerde über die Haltung des "Vorwärts" und des "Soz. Pressedienst" zu dem politischen Verhältnis zwischen Deutschland und Russland geführt und die Stellungnahme dieser Organe auf die deutsche Regierung selbst zurückgeführt haben.

SPD. Weimar, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die ministerielle Tätigkeit des Putschisten Frick stösst in allen Schichten der thüringischen Bevölkerung mehr und mehr auf Widerstand. An der Spitze dieser Widerstandsaktion marschiert zunächst die höhere thüringische Lehrerschaft, die sich fast ausschliesslich aus rechts eingestellten Persönlichkeiten zusammensetzt. Am Mittwoch sind zunächst die Weimarer Schuldirektoren mit einer Erklärung gegen die Regierungsmethoden des Putschisten Frick vor die Öffentlichkeit getreten, die auch innerhalb der Regierungsparteien einen ausserordentlich starken Eindruck gemacht haben soll. Die Direktoren wenden sich vor allem gegen die Beteiligung von Schülern an rechtsradikalen Strassenkundgebungen und beziehen sich in erster Linie auf eine Kundgebung der Hitler-Jugend gegen den Young-Plan am vergangenen Sonntag in Weimar. Wörtlich heisst es dann in der Erklärung weiter :

"Der Aufruf zu der Kundgebung war mit an erster Stelle von der Hitler-Jugend und dem Nationalsozialistischen Studentenbund, also ausgesprochen parteipolitischen Organisationen, unterschrieben. Da § 26 Absatz I der staatlichen Schulordnung die Teilnahme an Veranstaltungen parteipolitischer Vereinigungen ausdrücklich nur den wahlberechtigten Schülern gestattet, hatten wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere Schüler vor der Verletzung der vom Volksbildungsministerium erst kürzlich wieder als rechtskräftig anerkannten Bestimmungen des § 26 Absatz I zu behüten.

Wir haben uns aber zu unserem Verbot um so mehr veranlasst gesehen, als sich bereits jetzt gezeigt hat, dass durch die Nichtbeachtung des § 26 Absatz I und das dadurch bedingte Eindringen des Parteigeistes in die Schule deren Gefüge gelockert, die Schulzucht gefährdet, den Schülern der Sinn für ihre nächste Aufgabe, die Fähigkeit freier geistiger Arbeit, genommen wird. Wir haben es ferner ausserordentlich bedauert, dass der Volkstrauertag dazu benutzt wurde, politischen Hader in die Herzen der Jugend zu tragen und dass der ergreifende Mahnruf unseres allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg, nunmehr den Geist innerpolitischer Zwietracht und Zerrissenheit zu überwinden, der auch der Jugend heilig sein müsste, gerade an diesem allen Deutschen gemeinsamen Tage missachtet werden sollte. Dass bei der Zerklüftung des politischen Lebens Demonstrationen der einen Seite nur zu leicht Gegenwirkungen der anderen hervorrufen und zu blutigen Zusammenstössen führen können und dass daher verantwortungsbewusste Schulleiter ihre Schüler nach Möglichkeit vor Gefährdung schützen müssen, war für unsere Entscheidung ebenfalls mitbestimmend, und die Erfahrungen des vergangenen Sonntags haben unseren Befürchtungen leider recht gegeben.

Ein Schüler der hiesigen höheren Schule hat, nachdem das Direktorium das Verbot verkündet hatte, dem Herrn Volksbildungsminister durch Vermittlung einer Zwischenstelle sofort hiervon Nachricht zukommen lassen, und dieser hat unsere Anordnung daraufhin ohne weiteres aufgehoben. Wir müssen mit grösstem Ernst und in vollem Gefühl unserer Verantwortlichkeit gegen die uns anvertraute Jugend und deren Eltern aussprechen, dass eine solche vor vollster Öffentlichkeit geübte Kritik unserer durch Pflicht und Gewissen gebotenen Massnahmen die Zerstörung der Autorität der Schulleiter und der Autorität der Schule bedeutet. Wir setzen im Bunde mit unseren Schulkollegien alle Kraft daran, unsere Schüler zu nationaler Gesinnung und zu staatsbürgerlichem Pflichtgefühl zu erziehen. Die Erfüllung unserer Aufgabe wird uns aber unmöglich gemacht, wenn für unsere Amtsführung nicht mehr in erster Linie die Bedingungen der Schule, sondern die Bedürfnisse wechselnder Parteipolitik massgebend sein sollen, und wir sehen uns daher gezwungen, die Verantwortung für den Geist, der künftig an den uns unterstellten Schulen herrschen wird, abzulehnen."

SPD. London, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die unfruchtbare Suche nach einer erlösenden Formel, durch die die Flottenkonferenz gerettet werden könnte, dauert unvermindert an. Die neueste Phase dieser Erörterungen scheint darin zu bestehen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten durch eine, nur als grotesk zu bezeichnende Auslegung des Grundsatzes der Parität zu überwinden. Nach diesen neuen Gedanken sollen die italienischen und französischen Schiffsstärken bezw. Programme durch Addition von älteren teilweise längst unbrauchbar gewordenen Kriegsschiffen so lange "frisirt" werden, - wie man in England sagt - bis man auf dem Papier eine Parität hergestellt hat. Während es Frankreich gestattet sein soll, die alte Tonnage durch neue zu ersetzen, soll sich Italien verpflichten, die alte Schiffstonnage nicht zu erneuern.

Es gehört keine grosse Prophetengabe dazu, auch diesem Gedankengang, wie viele ähnliche in den letzten Tagen, ein Begräbnis in den Aktenschränken der Konferenz innerhalb der nächsten 24 Stunden vorauszusagen.

SPD. Der Oberbürgermeister von Eisenach, Dr. Janson, gibt die Unterredung mit dem Polizeikommissaranwärter M. zu. Er behauptet, sie habe sich anders abgespielt. Andererseits stellt Dr. Janson die Verantwortlichkeit von Dr. Frick fest. Er selbst sei von einem Ministerialrat aus dem thüringischen Ministerium des Herrn Frick darauf aufmerksam gemacht worden, dass der betreffende Polizeibeamte politisch belastet sei und er ihn deshalb nur gebrauchen könne, wenn er sich von allen politischen Belastungen reinigen könne.

Die "politische Belastung" des Polizeibeamten besteht darin, dass er kein Rechtsputschist ist!

SPD. Sofia, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die bulgarische Polizei nahm auf Anordnung des Ministerrats in den letzten Tagen in Sofia zahlreiche Verhaftungen mazedonischer Komitatschies vor. Die Häftlinge sollen in Südbulgarien interniert werden.

SPD. London, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Premierminister und konservative Führer Lord Balfour ist am Mittwoch im Alter von 82 Jahren verstorben.

Das Unterhaus vertagte sich am Mittwoch zum Zeichen der Trauer um den verstorbenen Lord Balfour, der viele Jahrzehnte lang dem Unterhaus angehört hat, ohne in seine Verhandlungen einzutreten. Die Führer sämtlicher drei Parteien werden in der Donnerstagsitzung die üblichen Worte des Gedenkens sprechen.

SPD. Schwerin, 19. März (Eig. Drahtb.)

In dem Dorfe Neukarin wurde am Mittwoch die Frau des Chausseewärters Zelck von ihrem im 70. Lebensjahr stehenden Schwiegervater in einem Anfall von Erregung durch einen Schuss schwer verletzt. Der Täter verübte darauf in einem nahe gelegenen Walde Selbstmord.

SPD. London, 19. März (Eig. Drahtb.)

Schottland, Wales und grosse Teile Englands mit Ausnahme von London wurden am Mittwoch von schweren Schneestürmen heimgesucht, die zeitweise jeden Strassenverkehr stilllegten. In einigen Teilen des Landes fiel 2 Stunden lang 20 cm Schnee. Im Ärmelkanal konnte der Verkehr nur unter Verwendung von Nebelhörnern und Sirenen mühsam aufrecht erhalten werden.

SPD. Bukarest, 19.März (Eig.Drahtb.)

Die rumänische Petroleum-Gesellschaft Romana America hat zur Löschung der seit zehn Monaten unaufhörlich brennenden Naphta-Sonde 160 des rumänischen Petroleumzentrums Moreni eine Belohnung von 2 Millionen Lei ausgeschrieben. Die Versuche zahlreicher Sachverständiger aus allen Weltteilen zur Löschung der Sonde waren bisher vergeblich.

SPD. Dresden, 19.März (Eig.Drahtb.)

Die Leiche des verstorbenen Presseberichterstatters Kiessling wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Sie will durch Obduktion der Leiche die Todesursache einwandfrei feststellen lassen.

SPD. Weimar, 19.März (Eig.Drahtb.)

Im Thüringischen Landtag äusserte sich der Putschist Frick am Mittwoch in dem bei ihm üblichen Tone über "thüringische Finanz-Misswirtschaft in den letzten Jahren". Der volksparteiliche Abgeordnete Kniddel war über die Behauptungen Fricks so erregt, dass er zu Finanzminister Baum wörtlich äusserte:

"Wenn die Schweinerei nicht endlich aufhört, dann ist Schluss. Ist denn der (Frick) noch Minister oder was ist denn überhaupt los? Das hört jetzt endlich auf, das machen wir nicht mehr weiter mit. Das ist ja geradezu hahnebüchen, was sich dieser Mann (gemeint ist Frick) erlaubt."

Hat die Volkspartei in Thüringen wirklich bisher nicht gewusst, dass der von ihr gestützte Putschist Frick für den § 51 schon seit Jahren reif ist?

SPD. London, 19.März (Eig.Drahtb.)

Die Fraktion der Arbeiterpartei beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Partei- bzw. Fraktionsdisziplin, die durch das selbständige Vorgehen der unter Führung Maxtons stehenden Clyde-Gruppe in ernste Gefahr geraten ist.

Unmittelbaren Anlass zu der Auseinandersetzung gab die Unterhausdebatte vom Dienstag über den Etat des Luftministeriums, in deren Verlauf die schottischen Rebellen, unterstützt von einigen anderen Abgeordneten (darunter einem Sohn des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin) einen Antrag einbrachten, der eine sofortige Abschaffung der Luftflotte forderte. Wie der Fraktionsvorsitzende Snell betonte, haben sich die Antragsteller mit diesem Verbesserungsantrag und einem ähnlichen Antrag, der sich auf die Bewaffnung zu Lande bezieht, in Gegensatz zum Parteiprogramm gestellt, das die Abrüstung aufgrund eines internationalen Abkommens fordert.

In der Diskussion erklärte der intellektuelle Urheber der Oppositionspolitik, Wheatley, dass die englische Gewohnheit der Alleinverantwortlichkeit des Kabinetts unvereinbar sei mit der Politik einer Arbeiterpartei, die der Partei oberstes Bestimmungsrecht über die Politik einräumt. Henderson wandte sich mit scharfen Worten gegen die Politik der Opposition. Die Arbeiten der Regierung, so betonte er, würden durch die Obstruktion einer Minderheit erschwer die sich nicht scheue ihrer Kritik öffentlich in Zeitungen Ausdruck zu verleihen Kritik müsse innerhalb der Partei ausgeübt werden. Die Politik der Regierung halte sich übrigens an das Parteiprogramm.

Die Fraktion beschloss, jedem Abgeordneten als Grundlage für kommende weitere Erörterungen die Parteitagsbeschlüsse von 1929 über Parteidisziplin überreichen zu lassen.

SPD. Infolge der Verzögerung der Entscheidung über den Neuen Haushaltsplan war es der Reichsregierung nicht möglich, den Haushaltsentwurf für 1930 rechtzeitig vorzulegen. Der Entwurf ist erst am 8. März dem Reichsrat vorgelegt worden, sodass er dem Reichstag frühestens kurz vor Ostern zugehen wird. Zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung und zur Erfüllung der Aufgaben des Reiches bedarf die Reichsregierung gewisser Ermächtigungen. Diese Ermächtigung wird in dem Entwurf eines Nothaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 angefordert. Der Entwurf sieht vor, dass die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die notwendigen Ausgaben bis zu einem Viertel der für das Rechnungsjahr 1929 bewilligten Beträge leisten kann. Von diesen Bestimmungen werden nur ganz wenige im Gesetzentwurf aufgezählte Ausgaben ausgenommen

SPD. Sofia, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der englische, französische und italienische Gesandte in Sofia forderten am Mittwoch von der bulgarischen Regierung auf Anordnung ihrer Regierungen strengste Massnahmen gegen die mazedonischen Unruhestifter. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die von der bulgarischen Presse in den letzten Tagen gemeldeten Verhaftungen mazedonischer Komitatschis überhaupt nicht erfolgt sind und die bulgarische Regierung bisher keinerlei Massnahmen gegen die mazedonischen Unruhestifter ergriffen hat.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Weshalb Polenvertrag?

SPD. Von einer Persönlichkeit, die an der Fertigstellung des deutsch-polnischen Handelsvertrages beteiligt war, wird dem "Soz. Pressedienst" geschrieben:

Nach mehr als fünfjährigem Verhandeln, Abbrüchen, Zwischenpausen und neuen Anläufen ist der deutsch-polnische Handelsvertrag abgeschlossen worden. Kein Vertrag hat diese Zeit in Anspruch genommen, keiner hat so sehr die Kämpfe für und wider in die Schranken gerufen, keiner hat so sehr die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich gezogen. Das alles ist ein schlagender Beweis für seine Bedeutung, weit über das wirtschaftliche Interesse hinaus.

Liest man die agrarischen Blätter, so könnte man annehmen, es handle sich bei dem Abkommen hauptsächlich um landwirtschaftliche Abmachungen und Konzessionen. Allerdings nehmen Agrarfragen einen grossen Teil des Vertragstextes in Anspruch, aber durchaus im Sinne des agrarpolitischen und veterinärpolizeilichen Schutzes der Landwirtschaft. Beiden Seiten sind detaillierte, mühsam durchgekämpfte Sonderabreden gewidmet, die einerseits den Seuchengefahren jeden, aber auch jeden Riegel vorschieben, andererseits die Unterbringung des Polen zugestandenen Schweinekontingents so genau und eng umschreiben und auf die scharf präzisierte Abnehmerschaft beschränken, dass - was noch in keinem Vertrag erreicht worden ist - kein Pfund polnischen Schweinefleisches auf den freien Markt in Deutschland kommt.

Das Kontingent beträgt während des ersten Jahres 200 000 Stück - nicht Doppelzentner -, also rund 1 Prozent des deutschen Schweinebestandes, steigt für den 18. Monat der Vertragsdauer bis zum 30. auf 275 000 Stück und beträgt vom 31. bis zum 42. Monat 350 000 Stück. Da bei den Mengen oppositionell nicht recht einzuhaken ist - noch weniger konnte man einem Land, dessen zweitgrösster Ausfuhrartikel das Schwein ist, für ein grosses Handelsabkommen kaum bewilligen - setzt die Agrarpresse ihre Angriffe auf das Wort "Stück" an, um nachzuweisen, dass hier eine grundlegende Verschlechterung gegenüber dem paradiesischen Zustand der Zeiten des Ministers Schiele eingetreten sei, wo immer vorteilhafterweise von "Doppelzentner" die Rede gewesen sei. Jetzt aber würden die Polen in der Lage sein, das Einzelschwein im Gewicht bis zu 3 Doppelzentnern zu liefern und dadurch das bewilligte Kontingent um mindestens das Doppelte erhöhen!

Arme Unterhändler, die das übersehen! Aber - vielleicht ist es lehrreich, einen Agitationsschwindel im Gewand der Fachkenntnis einmal zu entlarven - leider ist das Gegenteil richtig. Der deutsche Käufer kann nämlich mit dem oben an die Wand gemalten Fettschwein nichts anfangen und kauft es daher nicht. Was unsere Wurst- und Konservenfabriken ebenso wie unsere Schlächter brauchen, ist das Magerschwein, ähnlich unseren eigenen, und das wiegt gemeinhin unter einem Doppelzentner! Das Wort "Stück" sorgt also dafür, dass die Kontingentsmenge im Gewicht nicht überschritten wird, während Herr Schieles Zugeständnis mit "Doppelzentner" die Einfuhr vergrössert hätte!

Aber nicht nur das, was im Vertrag geschrieben steht, ist der Landwirtschaft in hohem Masse günstig, sondern mindestens ebenso das, was im Vertrag nicht steht: er enthält nämlich keine Tarif-Abreden oder Bindungen, d.h. wir sind absolut frei in der Gestaltung unserer landwirtschaftlichen Zölle! Welcher Vertrag gibt diesen Spielraum, dass er jedem vernünftigen - oder auch unvernünftigen - Zollverlangen der Landwirtschaft so freie Hand lässt? Man kann nur hoffen, dass mit dieser Möglichkeit kein Missbrauch getrieben wird, der natürlich auch in Polen die Freiheit des Handelns auslösen müsste.

Könnte man die Führer der "Grünen Front" unter Eidesstatt fragen, sie müssten sicherlich gestehen: So billig sind wir noch bei keinem Handelsvertrag weggekommen! Wie aber steht es bei der Kohle, wo ebenfalls weite Volks- und Unternehmerrkreise in Mitleidenschaft gezogen sind? Das Kontingent würde monatlich um 30 000 Tonnen unter dem früheren Angebot der Reichsregierung gehalten. Der

bewilligte Saldo ist ungefährlich, weil seine Gestaltung, angesichts des in Deutschland noch bestehenden Kohlenausfuhrverbotes, in die Hände des Reiches gelegt ist. Aber eines steht fest und darf nicht übersehen werden: dass diese polnische Kohleneinfuhr, wenn sie sich nach der Ratifikation etwa Anfang Mai zu vollziehen beginnt, aufs unangenehmste und peinlichste zusammentrifft mit der deutschen Kohlenabsatzkrise, die uns der milde Winter als Erbschaft hinterlassen hat. Hier hilft auch kein Hinausschieben der Inkraftsetzung, weil vor dem Herbst eine grundlegende Aenderung auf dem Kohlenmarkt kaum zu erwarten ist. Hier kann nur eine richtige Abgrenzung der innerdeutschen Absatzgebiete helfen, also eine beschleunigte Auseinandersetzung zwischen Ruhr und Deutsch-Oberschlesien, die auch ohne die polnische Einfuhr dringend nötig ist und nicht am Egoismus der Ruhrleute scheitern darf. Darüber hinaus darf erfreulicherweise damit gerechnet werden, dass jedes Kilo deutscher Ware, das auf Grund des neuen Vertrages nach Polen geht, den industriellen Kohlenverbrauch steigert und dass so der Vertrag ein Instrument ist, das die Wunden, die unvermeidbar sind, zur gleichen Zeit und in einem gewissen Umfang heilt. Schliesslich ist die Erwähnung von grosser Bedeutung, dass dem Vertrag ein Privatabkommen angegliedert ist, geschaffen von den beiderseitigen Interessenten, das den Absatz der polnischen Kohle genau regelt und (im Verein mit dem Vertrag) vor allem jede Preisunterbietung unmöglich macht. Eine solche löst ein Sonderkündigungsrecht des Reiches aus und eine gleichzeitige absolute Sperre der polnischen Kohleneinfuhr.

Es ist eigentlich schade, dass man nicht all den vorteilen hier nachgehen kann, die der Vertrag der verarbeitenden Industrie, dem Handel (im höchsten Masse z.B. unseren Hafenstädten) unsern grossen Schiffahrtsgesellschaften und unserer Minderheit als Klein-Vermittlerin der deutschen Ware bringt. Angesichts dieser Vielgestaltigkeit mag mit einer allgemeinen, einer politischen Feststellung geschlossen sein: Polen hat ungefähr 30 Millionen Einwohner - Polen ist unser nächster Nachbar. Diese beiden Tatsachen können durch keine Krise verdunkelt werden, wie sie fraglos zurzeit über Polen liegt und den deutschen Importeur zur Vorsicht mahnt! Schon heute, im Zeichen des Handelskrieges, steht Polen an fünfter Stelle in unserer Ausfuhrbilanz! Hier ist Neuland und Alt-Land zur gleichen Zeit. Hier warten Bedürfnisse mannigfachster Art auf ihre Erweckung und gleichzeitig kennen unsere Industrie und unser Handel die Art und Weise am besten, wie diese Bedürfnisse befriedigt werden können. Der neue Handelsvertrag ist der Schlüssel! Dass er mit Vor- und Umsicht anzuwenden ist, dann aber mit guten Folgen, das weiss jeder, der im europäischen Osten zu tun hatte.

SPD. Stuttgart, 19. März (Eig. Drahtb.)

Der streitbare Bischof Dr. Skroll von Rottenburg hat am Mittwoch einen Hirtenbrief von der Kanzel verlesen lassen, in dem er in der bei ihm schon gewohnten Art die Grenzen der Wahrung kirchlicher Interessen weit überschritt, unduldsam gegen die Vertreter anderer Weltanschauungen wurde und sich auf das Glatteis der parteipolitischen Agitation begab.

Skroll ging von der Verfolgung der Gläubigen in Russland aus und wandte sich dann ganz allgemein gegen den "Bolschewismus" und gegen alles, was er darunter versteht. Als Beweis für das Eindringen des Bolschewismus in Deutschland bezog er sich auf die Freidenker- und Kirchenaustrittsbewegung, auf die Bestrebungen zur Erleichterung der Ehescheidung in Fällen, wo die Ehe tatsächlich innerlich zerfallen ist und ihre Aufrechterhaltung nur noch eine innere Unwahrhaftigkeit, auf die Bestrebungen zur Beseitigung oder Milderung des sogenannten Abtreibungsparagraphen und schliesslich sogar auf die sozialistische Kinderfreunde-Bewegung. Alles dies soll nach den Zornesausbrüchen des Bischofs Ausfluss des Moskauer Bolschewismus sein.

Man muss, wie man weltanschaulich auch stehen mag, gegen diese Kampfmethoden von der Kanzel herab entschiedene Verwahrung einlegen. Ein Kampf, wie ihn Bischof Skroll gegen Andersdenkende für angebracht hält, ist unvereinbar mit der durch die Reichsverfassung garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 19. März (Eig. Bericht)

Soll die Kundgebung des Reichspräsidenten zugunsten der Reichstagsbeschlüsse über die Young-Gesetze öffentlich angeschlagen werden oder nicht? Das war die Frage, die der Reichstag aufgrund eines Antrages der Regierungsparteien am Mittwoch zu entscheiden hatte. Die Deutschnationalen, die christlich-nationalen Bauern, aber auch die Nationalsozialisten wagten ihrem Ärger gegen den Reichspräsidenten nicht offen Ausdruck zu geben. Darum sprachen sie gegen die Regierungsparteien, die angeblich die Autorität des Reichspräsidenten zugunsten der Regierungspolitik missbrauchten. Der Nationalsozialist Strasser nannte den Antrag eine marxistisch-jüdische Perfidie. Schmerzverzerrten Antlitzes bekannte er, dass sie in vorderster Linie für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs gekämpft hätten, und nun sähen sie, dass Hindenburg mit jedem Tag mehr ein Stabilisierungsfaktor dieser marxistischen Republik geworden sei. Nach nationalsozialistischer Meinung deckt jetzt Hindenburg die Weltherrschaft des jüdischen Kapitalismus. Nebenher bedauert Strasser, dass der Sozialdemokrat Dittmann während des Krieges nicht an die Wand gestellt und erschossen worden sei, dann hätte er jetzt diesen Antrag nicht unterschreiben können. Gegenüber der nationalsozialistischen Konkurrenz konnte der Kommunist Stöcker natürlich nicht zurückstehen wollen. Er nannte den Reichspräsidenten einen Fronvogt des internationalen Kapitals und bewegte sich damit durchaus in der Linie der Nationalsozialisten. Der Antrag auf öffentlichen Anschlag der Kundgebung Hindenburgs wurde mit 218 gegen 130 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen.

Das Haus trat dann in die erste Beratung der Finanzvorlage ein, und zwar über die Aufbringungsumlage bei den Industrie-Obligationen für 1930, über die Zolländerungen, die Änderungen des Tabak- und des Zuckersteuergesetzes, des Mineralwasser-Steuergesetzes und die Änderung des Biersteuergesetzes. Es wurde von allen Parteien mehr oder minder ausgiebig gesprochen, nur die Nationalsozialisten hüllten sich in Schweigen.

Der deutschnationale Bergwerksdirektor Dr. Rademacher, einer der eifrigsten Treiber auf Abbau der Sozialpolitik, insbesondere aber der Arbeitslosenversicherung, trat diesmal in der Maske eines Arbeiterfreundes auf. Er machte die sensationelle Entdeckung, dass die Sozialdemokratie draussen den Arbeitern erzähle, sie würden durch die Reparationen nicht belastet. Nebenher stellte er der Deutschen Volkspartei das Zeugnis aus, dass sie an die Sozialdemokratie gefesselt sei und darum keine Bewegungsfreiheit mehr habe. Die Deutschnationalen lehnten alle Steuervorlagen ab. Zwischendurch enthüllt Herr Rademacher auch sein wahres Herz, indem er von einer falschen Sozialpolitik während der letzten zehn Jahre spricht. Die Lage dürfe dem Volke nicht länger verschwiegen werden. Wir brauchten nicht Pessimismus und nicht Optimismus, sondern die Wahrheit.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer antwortete dem Redner der stärksten Oppositionspartei sofort. Er bekannte freimütig, dass er, seitdem er einen tieferen Einblick in die Finanzlage des Reiches habe, in einigen Punkten seine Meinung habe ändern müssen. Mit Recht sagte er, dass gegenüber dem Zustand vom Dezember, als Hilferding das Finanzprogramm eingebracht habe, sich sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite manches geändert habe. Insbesondere seien die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sprunghaft in die Höhe gegangen, während die Steuer- und Zoll-Einnahmen um etwa 230 Millionen zurückgegangen seien. Zur Arbeitslosenversicherung drückte sich der volksparteiliche Minister etwas gewunden aus. Er sagte, dass bei einem Stand von über zwei Millionen Erwerbslosen an einen Abbau der Leistungen nicht zu denken sei. Wohl aber seien Reformen für die Zukunft notwendig. Moldenhauer scheint mit Senkungen bei der Erwerbslosenversicherung um 300 bis 400 Millionen Mark zu rechnen, was natürlich eine volksparteiliche Phantasie ist. Gegen eine Senkung der Be-

amtengehälter, die ihm von verschiedenen Seiten nahegelegt worden sei, wandte er sich mit grosser Entschiedenheit. Es werde ein Ausgaben-Senkungsgesetz vorbereitet und alle Parteien im Reichstag müssten daran mitarbeiten, denn alle hätten Schuld an den zu hohen Ausgaben.

Der Kommunist Neubauer fand in den Gesetzentwürfen die Intronisation des Finanzkapitals durch die Sozialdemokratie. Aus seiner Rede war nur eines bemerkenswert, dass er dem Reichsfinanzminister vorwarf, dieser sei Aufsichtsrat des I.G. Farben trusts und schenke diesem Farben trust zehn Millionen aufgrund des Benzolzolles zu. Moldenhauer erwiderte sofort, dass er an dem Tage, an dem er Minister wurde, seinen Aufsichtsratsposten bei I.G. Farben niedergelegt habe. Das Zentrum liess durch den badischen Abg. Dr. Föhr nur eine fast inhaltslose Erklärung von wenigen Sätzen abgeben. Auch das Zentrum habe gegen Einzelheiten Bedenken und behalte sich seine Stellung dazu vor.

Gründlicher behandelte der Sozialdemokrat Keil die grossen Steuervorlagen. Er forderte den deutschnationalen Dr. Rademacher auf, ihm einen einzigen Beweis dafür zu bringen, dass die Sozialdemokratie den Arbeitern gesagt habe, diese würden von den Reparationslasten nichts spüren. Dr. Rademacher schwieg dazu, er hat also keinerlei Beweise. In der Tat hat die Sozialdemokratie den Massen immer gesagt, dass innenpolitisch ein Kampf um die Verteilung der Reparationslasten sich entwickeln werde. Hilferdings Finanzprogramm im vorigen Jahre sei richtig gewesen. Leider hätten ihm die Parteien die Gefolgschaft in der Bewilligung von Steuern versagt. Noch einmal trat Keil für den einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer in Gestalt eines Notopfers ein. Leider sei bei den anderen Regierungsparteien bis zu dieser Stunde für diesen Gedanken keine Meinung vorhanden. Die Sozialdemokratie werde an die Finanzsanierung mit der Überzeugung herangehen, dass zur Wirtschaft nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehörten und Kapital auch von den Arbeitermassen gebildet werde. Eine leistungsfähige Arbeiterschaft sei die Voraussetzung für einen Aufstieg der Wirtschaft.

Der Volksparteiler Dr. Cremer meldete die Voraussetzungen seiner Fraktion für die Zustimmung zu den Steuervorlagen an. Erstens durchgreifende Senkung der Ausgaben, wobei er vor allem die Arbeitslosenversicherung nannte, und zweitens erhebliche Senkung der Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer. Die Rede war zwar ohne jede aggressive Spitze, aber man fühlte, wo die kritische Belastung für die Regierungskoalition liegt.

Der frühere demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold forderte insbesondere die sofortige Aufhebung der Kapitalertragsteuer. Unter den weiteren Rednern ist noch der Bayerische Volksparteiler Dr. Horlacher und der Bayerische Bauernbündler Gandorfer zu erwähnen, die mit Leidenschaft gegen die Erhöhung der Biersteuer sprachen und bei dieser Steuererhöhung den Ruin Bayerns und schlimmere Dinge voraussagten.

Nächste Sitzung Montag drei Uhr.

SPD. Paris, 19. März (Eig. Drahtb.)

Die Direktorin der "Gazette du France" und Hauptakteurin des um den Zusammenbruch ihrer Unternehmungen entstandenen Skandals, Frau Marthe Hanau, ist am Mittwoch in den 20. Tag ihres Hungerstreiks getreten. Am Mittwoch wurde Frau Hanau zwangsweise ernährt. Die Streikende wehrte sich gegen die Zwangs-ernährung, sodass acht Personen zu deren Durchführung mobilisiert werden mussten.

Man erwartet übrigens, dass die am Donnerstag stattfindende ausserordentliche Sitzung der Strafkammer die vorläufige Haftentlassung der Frau Hanau verfügen wird.

Aus aller Welt

Ein meineidiger Staatsanwalt?

Der dritte Jakobowski-Prozess - Die Anklagebehörde hält Jakobowski für un-
schuldig - Das Lügen ist des Müllers Lust.

SPD. Vor dem Landgericht in Neustrelitz beginnt Ende März wieder eine Ver-
handlung über den an dem kleinen Ewald Nogens am 9. November 1924 begangenen
Mord. Zu der Verhandlung, die zum Teil in der Aula in Schönberg im Ländchen
Ratzeburg, zum Teil im Schloss zu Neustrelitz stattfinden wird, sind über hundert
Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hoff, die Anklage
vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Weber. Als Nebenkläger ist die "Deutsche Liga für
Menschenrechte" in der Person von Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt zugelassen,
während die Angeklagten August und Fritz Nogens und Frau Köhler von Neustrelitz
von Anwälten verteidigt werden.

Da das Schwurgerichtsurteil vom 17. Juni 1929 zu der Frage von Jakobowski
Schuld oder Unschuld keine klare Stellung genommen hat, wurde die Revision vom
Reichsgericht zugelassen. August Nogens ist wegen gemeinschaftlichen Mordes an
dem kleinen Ewald Nogens zum Tode verurteilt worden. Das Reichsgericht erach-
tet es deshalb für notwendig, den Mittäter von August Nogens festzustellen. Tat-
sächlich hat auch das Schwurgericht erhebliche Zweifel an der Schuld Jakubows-
kis ausgesprochen und betont, dass die Rolle, die Jakobowski nach Aussagen der
Angeklagten gespielt haben soll, auch ein anderer, z. B. der noch heute schwer
verdächtige Paul Kreutzfeld gespielt haben kann. Es wird also in der neuen Ver-
handlung nochmals mit aller Leidenschaft der Kampf um die Unschuld Jakobowskis
entbrennen.

Die Oberstaatsanwaltschaft vertritt auf Grund der neuesten Untersuchungs-
ergebnisse den Standpunkt, dass an Jakobowskis Unschuld nicht zu zweifeln sei
und diese Feststellung unangreifbar wäre, wenn der damalige Oberstaatsanwalt
Müller nicht die sorgsameren Ermittlungen des Regierungsrates Steuding durch die
Haftentlassung der Schwerverdächtigen und jetzigen Angeklagten zunichte gemacht
hätte.

Oberstaatsanwalt Müller wird sich, wie aus einem Beleidigungsprozess, den
die "Liga für Menschenrechte" kürzlich gegen die deutsch-nationale "Mecklenbur-
ger Rundschau" führte, hervorgeht, den Vorwurf eines Meineides gefallen lassen
müssen. Aus dem stenographischen Protokoll, das von der vorjährigen Verhandlung
vorliegt, ist ersichtlich, dass Oberstaatsanwalt Müller auf die Fragen des
Rechtsanwalts Dr. Arthur Brandt nach anfänglichem Leugnen zugegeben hat, in die
wie besprochene Unterredung mit dem Landgerichtspräsidenten von Buchta und dem
jetzigen Rechtsanwalt Hustädt, welche der Haftentlassung der jetzigen Angeklag-
ten vorausging, sogenannte Konzeptnotizen für einen Antrag auf Voruntersuchung
mitgebracht zu haben. Diese Notizen hat Müller, wie er aussagte, nach dieser
Unterredung zerrissen. In dem Beleidigungsverfahren gegen die "Mecklenburger
Rundschau" hat aber Müller unter seinem Eide erklärt, dass überhaupt ein solcher
Antrag auf Voruntersuchung nicht existiert. Dieser Tatbestand wird in dem kom-
menden Verfahren geklärt werden müssen. Ausserdem wird sowohl die Rolle von
Paul Kreutzfeld wie die von Fritz Nogens noch des näheren zu beleuchten sein.
Wenn das Gericht dem Revisionsurteil entsprechend nicht den Mittäter von Au-
gust Nogens festzustellen vermag, so besteht die Möglichkeit, dass aus juristi-
schen Gründen die jetzigen Angeklagten freigesprochen werden. Dieser Freispruch

der nur ein Freispruch mangels Beweises sein kann, würde naturgemäss auch ein Freispruch des toten Josef Jakubowski und damit die juristische Verurteilung der Todesstrafe sein.

+ + +
Nächtliche Knackerjagd. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Berlin nach einer aufregenden Jagd in der Passage Unter den Linden fünf Geldschrankknacker, die sämtlich Mitglieder der berüchtigten Kolonne Leske sind, verhaftet. Die Einbrecher hatten sich in die im dritten Stockwerk des Hauses Unter den Linden 16 gelegenen Räume der Deutschen Vereins Film A.G. eingeschlichen, wo sie in saurer Arbeit einen Geldschrank aufknabberten. Obschon die Knacker die Fenster mit Decken und Mänteln gegen Sicht abgedichtet hatten, wurden sie von dem 71 jährigen Heizer Hermann Müller überrascht. Die Einbrecher überfielen den Greis, schleppten ihn in die Büroräume, fesselten und bewachten ihn. Glücklicherweise hatte sich der Heizer aber vorher mit dem Wächter besprochen. Das Ausbleiben des alten Mannes veranlasste ihn, eine Polizeistreife aufmerksam zu machen. Man vermutete zuerst einen Unfall, wurde aber durch das Bellen eines Hundes auf die Einbrecher aufmerksam gemacht. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando fand den gefesselten Heizer auf, erwischte jedoch die Verbrecher erst nach eingehender Grundstücksdurchsuchung mit Scheinwerfern und Blendlaternen. Die Einbrecher hatten sich einzeln in die Räume der Friedrich Wilhelm-Versicherung versteckt, aber auch dieser symbolhafte Unterschlupf sicherte sie nicht vor der Festnahme. Die Knacker wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und vom Dezernat zur Bekämpfung der Geldschrankknacker als alte Bekannte begrüsst.

+ + +
200 Menschen verbrannt. Bei einem Kinobrand in Kirin (Mandschurei) sollen 200 Menschen ums Leben gekommen sein. Mit rasender Geschwindigkeit soll das Feuer das durch eine Explosion verursacht worden ist, um sich gegriffen haben.

+ + +
"Europa" nach Amerika. Am Mittwoch mittag um 1,01 Uhr fuhr unter dem Jubel von 5 000 Zuschauern der Lloyd-Riese "Europa" mit den traditionellen "Musi denn"-Klängen vom Columbus-Kai in Bremerhaven nach New York ab. Bereits nach 15 Minuten war der letzte Schlepper zurück. An Bord des Dampfers befinden sich u.a. Ministerpräsident Braun und der Pressechef der Reichsregierung, Dr. Zechlin.

+ + +
Rauschgift über Amerika. Von hundert Geheimpolizisten ist der französische Dampfer "France" bei seiner Ankunft im New Yorker Hafen in Empfang genommen worden. Nach einer bei den Zollbehörden eingelaufenen Information sollten an Bord nicht weniger als tausend Kilo Rauschgifte deutschen Ursprungs sein, die etwa einen Wert von drei Millionen Dollar repräsentieren. Das Schiff wurde einen ganzen Tag und eine ganze Nacht lang vergeblich durchsucht. Die Behörden glauben nun an eine Irreführung und vermuten, dass ein anderer Dampfer die verbotene Ladung an Bord hat. Infolgedessen werden alle in den nächsten acht Tagen aus Europa einlaufenden 21 Ozeandampfer aufs schärfste durchsucht werden, wie auch die anderen Atlantikhäfen entsprechende Instruktionen erhielten. Immerhin ist es möglich, dass die Ladung durch Uebergabe an einen kleineren Dampfer bereits gelandet ist.

+ + +
"Diebesbeute" in amtlicher Verwahrung. Frau Regierungspräsident Momm in Potsdam, die des Versicherungsbetruges überführt, vorläufig jedoch nicht vernehmungsfähig ist, hat, wie jetzt bekannt wird, für den grössten Teil des Silbers, um das sie sich selbst bestahl, das sicherste Versteck gewählt, das man sich nur denken kann: sie hat es in gutverschnürten und versiegelten Paketen bei der Regierungshauptkasse deponiert. Infolgedessen konnte das ganze "Diebesgut" herbeigeschafft werden; verkauft hat Frau Momm nichts.

+ + +

Dauerkrach im Magdmordprozess. Bei den weiteren Zeugenvernehmungen im Osnabrücker Mordprozess, in dem entschieden werden soll, ob Hermann von Dielingen die Dienstmagd Emma Hoge ermordet hat oder nicht, verwirren dauernde Widersprüche das Bild mehr und mehr. Die Beweisaufnahme dehnt sich immer weiter aus, fortgesetzt werden neue Zeugen herangezogen, steigende Nervosität im Gerichtssaal führt fortwährend Zusammenstöße zwischen den Prozessparteien herbei. Am Dienstag abend hat der frühere Mitgefangene von Dielingen, der Zeuge Henseler, erklärt, dass er und der Mitgefangene Meyer von Dielingen bearbeitet und ihm alle Einzelheiten des Geständnisses eingepflicht hätten. In der Mittwoch-Verhandlung erklärt der Zeuge wiederum, dass er sich an Einzelheiten nicht mehr erinnern könnte. Zu dauernden Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger sowie zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kommt es, wie Kriminalkommissar Oldigs, der seinerzeit die Ermittlungen gegen den Angeklagten geleitet hat, demonstrieren soll, wie der Angeklagte nach seinen Angaben in der ersten Schwurgerichtsverhandlung die Erdrosselung vorgenommen haben will. Die damals gestellten Fragen werden von allen Seiten beanstandet. Der Angeklagte hätte damals ausgesagt, er habe das Tuch gefasst und nur festgehalten, während in das Verhandlungsprotokoll von 1926 geschrieben worden ist, dass von Dielingen das Tuch zugeschnürt habe, was er aber nicht ausgesagt hat und was ihm auch nicht bewiesen werden konnte. Verteidiger Dr. Mendel behauptet in grosser Erregung, dass die falsche Feststellung in dem damaligen Urteil getroffen worden wäre, um es revisionssicher zu machen. Der Osnabrücker Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kremmer, weist diesen ungeheuerlichen Vorwurf energisch zurück. Später wirft Dr. Mendel einem Beisitzer, der mit dem Vorsitzenden flüsterte, Voreingenommenheit vor, was gleichfalls als Beleidigung zurückgewiesen wird. Die weiteren Zeugenvernehmungen beschäftigen sich mit den Einflüsterungen des merkwürdigen Zeugen Meyer. Der damalige Barbier des Untersuchungsgefängnisses in Osnabrück sagt aus, dass ihm Meyer erzählt habe, dass er tagelang auf Dielingen eingeredet habe, um ihn zu einem Geständnis zu bringen, um selbst aus dem Gefängnis herauszukommen. Auch der Zeuge Kaufmann Willi Vater behauptet, dass Meyer sich ihm gegenüber gebrüstet habe, aus Dielingen das Geständnis herauszupresst zu haben. Plötzlich stellt sich der Staatsanwalt aber auf den Standpunkt, dass der Zeuge Vater geisteskrank sei. Nach Gerichtsbeschluss soll nun erst der Osnabrücker Sachverständige Dr. Schackwitz, über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Vater gehört werden.

+ + +
Konkurs über Fürst Blüchers Vermögen. Auf Antrag eines Gläubigers wurde über das Vermögen des in London lebenden Fürsten Blücher, der ein Grossenkel des Feldmarschalls ist, Konkurs verhängt. Fürst Blücher ist an eine Engländerin verheiratet und lebte schon vor dem Kriege in England. Er besass ein erhebliches Vermögen, darunter eine kleine Kanalinsel.

+ + +
2000 Chinesen niedergemetzelt. Nach chinesischen Berichten hat eine Räuberbande den Ort Fuan in der Nähe von Kianfu in der Provinz Kiangsi überfallen; die ganze Ortschaft wurde ausgeplündert. In einem furchtbaren Blutbad sind 2000 Männer, Frauen und Kinder ermordet worden.

+ + +
Edels Elektrotod wahrscheinlich. Der wegen Ermordung einer Schauspielerin zum Tod durch den elektrischen Stuhl verurteilte deutsche Kellner Edel in New York, wird voraussichtlich am 3. April hingerichtet werden, nachdem der Termin des Elektrotodes bereits dreimal und zwar jedesmal kurz vor der Hinrichtung verschoben worden ist. Der Gouverneur von New York hat den Interventionsantrag von Edels' Anwalt abgelehnt. Kurz vor der Hinrichtung wird er noch einen Begnadigungsantrag entgegennehmen, aber ihm vermutlich nicht stattgeben.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeit statt Lohnbewegung?

Die Botschaft hör ich wohl....

SPD. Im Baugewerbe hat das Ring um den Lohn bereits mit voller Kraft eingesetzt. Die Bauunternehmer wollen die Löhne senken. Sie glauben, die Bauarbeiter seien durch die Arbeitslosigkeit zermürbt und geschwächt, und sie fordern infolgedessen, die Arbeiterschaft solle sich mit einer Verschlechterung der Löhne abfinden. Der Deutsche Baugewerksbund, die freigewerkschaftliche Organisation der Bauarbeiter, dreht den Spiess um. Sein Organ, der "Grundstein" hat in seiner neuesten Nummer die Parole: Erhöhung der Bauarbeiterlöhne ausgegeben. Er bringt eine ganze Reihe sehr triftiger und beachtlicher Argumente für den Nachweis, dass im Baugewerbe Lohnerhöhungen dringend nötig sind. Den Bauarbeitern geht es wie allen von der Dauerarbeitslosigkeit besonders schwer heimgesuchten Berufsgruppen: sie sind bis auf den Grund ausgepumpt, sie stecken in Schulden. Ihr Ruf nach einer Verbesserung des Lohnes ist daher mehr als begreiflich. Man darf auch nicht vergessen, dass weite Kreise im Handel und Gewerbe bereits bedenklich über das Ausbleiben des Arbeiterkäufers und Arbeiterkonsumenten stöhnen. Die grosse Masse hat nichts mehr in der Tasche; daher sind die Geschäfte und die Läden leer.

Im Unternehmerlager dagegen denkt man nicht daran, irgend etwas zur Verbesserung der Kaufkraft der Massen zu tun. Im Gegenteil: dort herrscht jetzt eitel Freude darüber, dass verschiedene Stimmen aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften gegen eine Verbesserung der Löhne ins Treffen geführt werden können. Die Unternehmer sind entzückt darüber, dass die Christen von den "Grenzen der Lohnpolitik" und von der Gefahr zu hoher Löhne sprechen. Die Christen begründen ihre Haltung in erster Linie mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit. So hat soeben erst auf einer Kundgebung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen der zweite Verbandsvorsitzende Schmidts-Berlin erklärt, es sei tausendfach mehr gewerkschaftlich gehandelt, wenn man alles aufbiete, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, als den in Arbeit stehenden ein paar Pfennige Lohnerhöhung zuzuführen. Danach hätte also die Frage zu lauten: Schaffung von Arbeit oder Lohnerhöhung?

Diese Fragestellung hat sicherlich etwas Verführerisches an sich. Allein wir glauben nicht recht daran, dass das Unternehmertum bereit ist, zusammen mit der Arbeiterschaft unter Zurückstellung der Lohnfragen mit Entschlossenheit einen grossen Versuch zur Belebung des Arbeitsmarktes zu unternehmen. Bis jetzt sieht man auf der andern Seite der Front keinerlei Bereitschaft zu einer solchen Tat. Es hört sich ja sehr schön an, wenn in der Presse bereits den Arbeitern zugeredet wird, die Forderung auf Lohnerhöhung durch die Parole: "reissenkung" zuersetzen. Die Arbeiterschaft kann auf all das, gewitzig durch bittere Erfahrungen, einstweilen nichts anderes antworten als: "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Die Arbeiterschaft wäre naiv, wenn sie sich durch den Schalmeienklang "Preissenkung" dazu verleiten liesse, bei den zur Zeit fälligen Lohnbewegungen nun gleich von vornherein möglichst weit zurückzustrecken. Die "reissenkungsparole" ist im Laufe der letzten Jahre schon wiederholt ausgegeben worden. Einen Erfolg hat sie nicht gehabt. Wenn man das Unternehmertum klagen hört, dann ist eher mit einer Preissteigerung zu rechnen. Tatsächlich hat eine solche auch bereits an verschiedenen Stellen eingesetzt, und sicherlich werden die mit der Regelung der Reichsfinanzen verbundenen

neuen Belastungen kaum ein Ansporn zur Preissenkung sein. Gegenüber der schönen Theorie: Preissenkung und Arbeitsbeschaffung statt Lohnsteigerung ist höchste Vorsicht am Platze. Oder sollen sich die Arbeiter auf leere Versprechungen einlassen?

Wenn im Baugewerbe, dessen Lohnfrage im Augenblick im Vordergrund steht, etwas zur Senkung der Baukosten getan werden soll, dann wäre mit den Baustoffpreisen der Anfang zu machen, denn sonst geht es diesmal wie im vergangenen Jahr, wo nicht die Baustoffarbeiter, sondern die Baustofffabrikanten trotz der schwierigen Verhältnisse noch recht gut abgeschnitten haben. Das geht z.B. deutlich aus dem Geschäftsbericht der Breitenburger Portland-Zementfabrik, Hamburg und Lagersdorf für das vergangene Jahr hervor. Das Geschäftsjahr 1929 war nicht ganz so gut wie das von 1928, soweit der Zementabsatz in Frage kommt. Trotzdem kann man in Bezug auf das finanzielle Ergebnis aus dem Bericht Befriedigung der Geschäftsleitung erkennen. Es heisst da z.B. u.a.: "Neue Lohnerhöhungen konnten wir durch weitere Mechanisierung unserer Betriebe zum grössten Teil ausgleichen, eine mässige Verminderung der Belagschaft war dabei nicht zu vermeiden." "Die Verjüngung unserer Kräfteerzeugungs- und Mühlenanlagen ist im Gange". Rein finanziell wurde folgendes Ergebnis erzielt: Rohgewinn 636 575,49 RM; für Abschreibungen und Instandsetzung 318 000 RM, Reingewinn 318 575,49 RM dazu Gewinnvortrag des Vorjahres 27 549,61, demnach verfügbar 346 125,10 RM. Die Verteilung dieser verfügbaren Summe soll nach dem Vorschlag des Vorstandes folgendermassen vorgenommen werden: An den Reservefonds 15 929 RM., 12 % Dividende auf die Stammaktien 276 600.-RM, 6 % auf 8 000 Vorzugsaktien 480.-RM., Tantieme an den Aufsichtsrat 24 226,50 RM, und Vortrag auf neue Rechnung 28 889,60 RM, Summa 346 125,10 RM.

Die Aktionäre können also wieder mit dem Ergebnis zufrieden sein. Auch der Aufsichtsrat kann noch ein ganz gutes Trinkgeld einstecken. Im Durchschnitt bekommt jedes der acht Aufsichtsratsmitglieder 3 028,21 Mark. Ein ganz schöner Batzen, wenn man ihn so nebenbei einstecken kann. Die arbeitslosen Zementarbeiter wären froh, wenn sie durchschnittlich 3 028,21 Mark als Jahresarbeitsverdienst buchen könnten. Sie würden dafür gern ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Das Geschäftsjahr soll nach dem Bericht mit einer teilweise nicht unerheblichen Ermässigung der Preise begonnen haben. Bezeichnenderweise folgt aber dieser Mitteilung sofort die Bemerkung, dass die Auswirkung der neuen Maschinenbeschaffung ihre Position im Wettkampf ausreichend stärken wird.

Man sieht, dass der Arbeitgeber in dem vorliegenden Falle trotz Preisermässigung im vergangenen Jahr noch recht gut abgeschnitten hat. Von der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft kann es nicht behauptet werden. Für sie hat das Jahr 1929 nur erhöhte Not und Sorge gebracht. Das Beispiel aus der Zementindustrie ist nur eines für viele. Die Arbeiterschaft muss daher in der zur Zeit vorsichtgehenden Debatte über Lohn, Preis und Arbeitslosigkeit auf der Hut sein. Auf der einen Seite der Druck der Arbeitslosennot, auf der anderen der Lohndruck der Unternehmer, dazu die verführerische Begleitmusik ueber Preissenkung. Für gutgläubige Gemüter eine gefährliche Situation.

SPD. Die Einschränkung der Ueberstundengenehmigung ist vor kurzem von preussischen Handelsminister in einem Runderlass gefordert worden. Das ist zu begrüssen. Ebenso begrüssenswert wäre es aber, wenn in Preussen auch die Staatsbehörden selbst etwas mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun würden. An manchen Stellen scheint man von dem begriff der Arbeitsbeschaffung nur eine sehr unklare Vorstellung zu haben; denn sonst könnte es nicht vorkommen, dass ein Ministerium seiner nachgeordneten Behörde empfiehlt, vorzugsweise Warte- und Ruhegehaltsempfänger einzustellen,

Auch im Reich könnte man sich endlich zu einem guten Beispiel aufrufen, z.B. in der Frage der erhöhten Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Reichsbetrieben. Wenn es nicht anders geht, dann muss das Parlament etwas nachhelfen. Mit schönen Worten allein ist jedenfalls nicht gedient. Entschlüsse und Beschlüsse sind notwendig. Schliesslich befinden sich im Reichskabinettsrat 4 Sozialdemokraten und 3 Zentrumsleute und unter diesen Stegerwald, ein Mann, der den Gewerkschaften nahe steht. Da darf man doch die Hoffnung haben, dass im Reich endlich der Weg zu einem guten Beispiel freigemacht wird.

SPD. Kopenhagen, 19. März (Eig. Drahtber.)

In der Eisenindustrie sind 3 000 Arbeiterinnen in den Ausstand getreten, nachdem sie den von dem offiziellen Schiedsrichter vorgelegten Vermittlungsvorschlag, der nur geringe Erhöhungen des Minimumlohnes vorsieht, abgelehnt hatten. Durch den Streik werden auch 3 000 männliche ungelernete Arbeiter in der Eisenindustrie arbeitslos. Ausserdem steht, wie der Verband der ungelerten Arbeiter dem Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, ein Streik von 18 000 Arbeitern vor der Tür.

SPD. Die Finanzierung der Notstandsarbeiten ist in - Dänemark verbessert worden. Zwischen den Parteien des Reichstages kam dieser Tage nach langen Verhandlungen eine Einigung zustande, wonach von der Motorsteuer, die jährlich 40 bis 50 Millionen Kronen einbringt, 5 bis 10 Millionen Kronen für die Verbesserung des Wegenetzes verwendet werden, um dem stetig zunehmenden Automobilverkehr entgegenzukommen. Da die Gemeinden den gleichen Betrag für den Wegebau beisteuern müssen, wird somit ein im Verhältnis zur Grösse des Landes nicht geringer Betrag für Arbeitsbeschaffung bereitgestellt. Die Regelung soll vorläufig eine Geltungsdauer von 5 Jahren haben.

Bei uns sieht es mit der Finanzierung der Produktiven Erwerbslosenfürsorge schlecht aus. Angesetzt sind 55 Millionen Mark, wovon Reich und Länder zur Hälfte beizutragen haben. Rund 15 Millionen davon sind bereits für den Landarbeiterwohnungsbaubau vorverausgabt; es stehen also im ganzen nur 40 Millionen für das Jahr 1930/31 zur Verfügung. Ob dieser Betrag durch Auslandsanleihen vergrössert werden kann, ist im Augenblick noch ganz ungewiss.

SPD. Stellunglose Angestellte probieren in jüngster Zeit immer häufiger in Skandinavien mit Arbeitssuche ihr Glück. Da sie in den meisten Fällen keine Stellung finden, suchen sie Zuflucht bei den Ortsgruppen der freien Angestelltenvereinigungen. Die skandinavische Arbeitsgemeinschaft (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) hat daher den Internationalen Bund der Privatangestellten gebeten, die angeschlossenen Verbände zu ersuchen, dass diese ihre Mitglieder warnen, auf gut Glück in Skandinavien eine Stellung zu suchen, da in Zukunft in solchen Fällen keine Unterstützung mehr gegeben werde.

SPD. Genf, 19. März (Eig. Drahtber.)

Das Internationale Arbeitsamt teilt mit, dass in China, und zwar in Nanking eine Zweigstelle des Arbeitsamtes errichtet wird. Es handelt sich um die sechste Zweigstelle dieser Art. In Asien befinden sich schon Zweigstellen in Indien und Japan.



Handelsvertrag und Landwirtschaft.

SPD. Die Schuld für die lange Verzögerung des Abschlusses des deutsch-polnischen Handelsvertrages lag in Deutschland in erster Linie bei der Landwirtschaft. Mit der demagogischen Behauptung, dass die deutsche Landwirtschaft bei einer auch geringen Einfuhr von Schweinen, Kartoffeln und Roggen aus Polen zugrunde gehen müsse (zugespißt in der These "Ostpreussen oder Polen?") hat es die Landwirtschaft verstanden, jahrelang die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges zu hintertreiben. Es ist noch in frischer Erinnerung, dass die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen immer wieder stockten, wenn der Führer der deutschen Delegation Dr. Hermes, zugleich Führer der "Grünen Front", in die Vertragsverhandlungen eingriff.

Der Vertrag ist nun abgeschlossen und es gilt, einmal nachzuprüfen, ob wirklich von der deutsch-polnischen Verständigung eine ernstliche Schädigung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere in Ostdeutschland, zu befürchten ist.

Beginnen wir mit dem Roggen. Anstelle des bisherigen Kampfzollens von 10 Mark pro Doppelzentner tritt nun der in letzter Zeit stark erhöhte autonome Roggenzoll von 9 Mark; also kaum eine Differenz gegenüber dem bisherigen Zustande. Selbst wenn weiter keine Abmachungen bestünden, wäre eine Ueberschwemmung Deutschlands mit polnischem Roggen auf Grund des Handelsvertrages nicht zu erwarten. Aber hinsichtlich des Roggens wird der deutsch-polnische Vertrag ja sehr wesentlich durch die ausserhalb des Handelsvertrages bereits vor Wochen abgeschlossene deutsch-polnische Roggenkonvention, in erster Linie ein Erfolg sozialdemokratischer Initiative und Agrarpolitik, ergänzt. Durch diese Roggenkonvention ist die Einfuhr polnischen Roggens nach Deutschland ebenso wie die deutschen Roggens nach Polen vertraglich geregelt. Darüber hinaus ist zwischen Deutschland und Polen eine Verständigung über die Roggenkonkurrenz auf den Auslandsmärkten erzielt. Eine Gefahr für den deutschen Roggenpreis von Polen her besteht nicht.

Die Gefahr der Ueberschwemmung Ostdeutschlands mit polnischen Kartoffeln ist ebenfalls übertrieben worden. Erstens gehen gute und schlechte Kartoffelernten in Deutschland und Polen meist parallel und nach guten Ernten liegen die Preise in Deutschland so niedrig, dass der Anreiz zum Kartoffelexport für Polen minimal ist. Nach schlechten Ernten wiederum, nach denen in Deutschland die Kartoffelpreise so hoch liegen, dass eine Senkung durch Kartoffeleinfuhr sehr wünschenswert wäre, hat auch Polen meist so geringe Ernten, dass ein Kartoffelimport nicht in grossem Umfang in Frage kommt. Ausserdem sind zusammen mit der Neuregelung der gesamten Agrarzölle in Deutschland im vorigen Jahre die Kartoffelzölle so stark erhöht worden, dass auch der Wegfall des deutschen Kampfzollens gegen Polen die Kartoffeleinfuhr weitgehend unterbindet.

Bleiben schliesslich die Schweine. Während Polen im allgemeinen gegenüber Deutschland die Meistbegünstigung erhalten hat bleibt diese bei den Schweinen nach wie vor durch veterinärpolizeiliche Bestimmungen eingeschränkt. Bisher bestanden nicht nur veterinärpolizeiliche Hemmungen für den Schweineimport aus Polen, sondern auch Kamofzölle in Höhe von 40 Mark pro Doppelzentner Schweinelebensgewicht und 70 Mark pro Doppelzentner Schweinefleisch. Nach Inkrafttreten des Vertrages erhalten jetzt die autonomen Zölle in Höhe von 18 Mark pro

Doppelzentner Schwein Lebendgewicht und 32 Mark pro Doppelzentner Schweinefleisch Geltung. Diese sind allerdings nach dem neuen Zollgesetz vom Dezember 1929 nur als Mittelzölle gedacht, solange die Schweinepreise in Berlin zwischen 70 und 85 Mark pro Zentner Lebendgewicht liegen. Wird die Untergrenze unterschritten, so erhöhen sich die Zölle auf 27 Mark und 45 Mark, bei Ueberschreitung der Obergrenze ermässigen sie sich auf 9 Mark und 16 Mark. Durch diese Regelung wird eine starke Schweinepreissenkung durch polnische Schweineeinfuhr unterbunden; denn sowie die Schweinepreise in Berlin unter 70 Mark fallen, tritt der erhöhte Zoll auch gegenüber Polen in Kraft. Die Polen können für ihre Schweine bei einer Preislage von beispielsweise 68 Mark frei Berlin nur 54,50 Mark frei polnischen Marktes, also sicher nicht mehr als 40 bis 45 Mark erhalten. Sinken die Schweinepreise in Deutschland stärker, was auf Grund der inländischen steigenden Produktion durchaus gegen Ende dieses Jahres denkbar ist, so erhalten die polnischen Landwirte sogar nur weniger als 40 Mark pro Zentner Schwein Lebendgewicht beim Export. Wenn auch die Produktionskosten in Polen niedriger liegen als in Deutschland, so wird doch infolge der hohen Zollvorbelastung die Rentabilitätsgrenze auch in Polen sehr schnell unterschritten.

Eine Gefahr für die deutsche Schweinewirtschaft besteht also in keiner Weise, selbst wenn die Einfuhr von polnischen Schweinen in keiner Weise begrenzt wäre. In Wirklichkeit ist aber die Einfuhr für das erste Jahr auf 200000 für das zweite Jahr auf 275 000 und steigend bis zum 5. Jahre auf 350 000 Schweine begrenzt. Diese Schweine dürfen ausserdem nicht einmal frei nach Deutschland eingeführt werden, sondern sie müssen an die Seegrenzschlachthäuser geliefert werden, um von dort aus in erster Linie an Fleischwarenfabriken verteilt zu werden. Mehrfache Sicherheitsmassnahmen sind also bei der polnischen Schweineeinfuhr nach wie vor getroffen, um eine Schädigung der deutschen Schweinemast zu verhindern.

Dass die so in ganz bestimmte Bahnen gelenkte und kontingentierte polnische Schweineeinfuhr für die deutsche Landwirtschaft von untergeordneter Bedeutung ist, geht auch daraus hervor, dass selbst das Höchstkontingent von 350 000 Schweinen nur $1\frac{1}{2}\%$ der in Deutschland jährlich geschlachteten Schweine beträgt. Die Konkurrenz der Schweine aus den früheren deutschen, jetzt polnischen Gebieten Posen und Westpreussen war übrigens vor dem Kriege für die deutsche Schweinemast viel grösser; denn damals wurden aus diesen Gebieten jährlich ca. 1,1 Million Schweine in das übrige Deutschland geliefert. Das Höchstkontingent Polens beträgt jetzt nur ein Drittel dieser damals zollfrei im Inland verschickten Schweinemenge. Ausserdem ist das Kontingent durch Zölle belastet und an einen bestimmten Lieferungsweg gebunden.

Nicht unerwähnt bleiben darf schliesslich, dass der Vorgänger von Rauscher in den deutsch-polnischen Verhandlungen, der der Rechten nahestehende Staatssekretär Lewald, bereits 1925 den Polen mit 600 000 Schweinen ein Einfuhrkontingent einräumen wollte, das dreimal so hoch gewesen wäre wie das jetzt zugeständene Kontingent für das erste Jahr und nahezu doppelt so hoch als das Höchstkontingent.

Wir wollen in keiner Weise behaupten, dass die Einfuhr ausländischer Lebensmittel, in diesem Falle also Schweine, für die deutsche Landwirtschaft völlig bedeutungslos sei. Feststellen wollen wir aber auch, dass die Kohlenarbeiter durch das deutsch-polnische Abkommen zweifellos mehr belastet werden als die Landwirtschaft. In jedem Handelsvertrag müssen von beiden Seiten Opfer gebracht werden und wir können mit Bestimmtheit erwarten, dass die Opfer, die die deutsche Wirtschaft, darunter auch die deutsche Landwirtschaft, im deutsch-polnischen Handelsvertrag bringt, durch die Vorteile, die sich durch Ausdehnung des Exportes deutscher Waren nach Polen ergeben, mindestens kompensiert werden.

SPD. Während des verflossenen Jahres war die Entwicklung bei der Hapag (Hamburg=Amerikanische Paketfahrt A.-G.) wie bei ihrer Konkurrenz, dem Norddeutschen Lloyd-Bremen, durch eine beispiellose Vergrößerung der Flotte charakterisiert. Die Hapag stellte im Jahre 1929 nicht weniger als 70 000 Bruttoregistertonnen Neubauten in den Dienst. Der Passagierverkehr hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10 % gehoben. Trotzdem werden die Betriebseinnahmen verringert (59,588 Millionen gegenüber 59,696 Millionen Mark) ausgewiesen. Beim Norddeutschen Lloyd liegt bekanntlich eine Steigerung (von 46,56 auf 51,84 Millionen Mark) vor. Der Betriebsertrag macht 32,12 gegenüber 34,68 Millionen Mark aus. Die Abschreibungen sind von 22,1 Millionen auf 19,9 Millionen Mark verringert worden, schwanken aber um den Satz von 10 %. Die sozialen Lasten haben sich von 7 Millionen auf 8,5 Millionen Mark gesteigert. Die Dividende beträgt 7 % wie im Vorjahr. Die Aktionäre dürften aber in Kürze mit einer Sonderausschüttung aus den nordamerikanischen Freigabegeldern rechnen.

Die Hapagbilanz ist nicht ungünstig. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr allerdings verschlechtert. Das ist sicherlich ein Zeichen dafür, wie notwendig die Verständigung im Reedereigeschäft ist.

SPD. Der Geschäftsbericht der Dresdener Bank für das Jahr 1929 schiebt alle Schuld an der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage auf die "verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik". Die Dresdener Bank muss zwar zugeben, dass sich auch in den Vereinigten Staaten und in England krisenhafte Vorgänge abspielen, aber sie würde ja gegen den Unternehmerstachel löken, wenn sie von den wirklichen Ursachen der wirtschaftlichen Depression sprechen würde. Sie darf natürlich nicht zugeben, dass diese wirklichen Ursachen einmal darin liegen, dass die Rationalisierung in Deutschland durch die ungenügende Preissenkung versackt ist und dass die verrückte offizielle Auslandsanleihepolitik die öffentlichen Körperschaften zu jenen schwebenden Schulden gezwungen hat, die mit den Fehlinvestitionen der Privatwirtschaft zusammen das deutsche Inlandskapital übermäßig verteuern.

Ueber die Arbeitslosenversicherung wird in dem Bericht folgende interessante Bemerkung gemacht:

"In einer Wirtschaft mit starker Kapitalbildung und reichen Betriebsmitteln wird in einer Krisis eine Arbeitslosenunterstützung unter Umständen einen gewissen Ausgleich für Konjunkturschwankungen bilden; weil durch die finanzielle Alimentierung der Arbeitslosen ein plötzlicher gänzlicher Ausfall dieser Kreise in der Nachfrage von Verbrauchsgütern vermieden und die Absatzstockung dadurch gemildert werden kann."

Die Feststellung dieses besonderen Wertes der Arbeitslosenversicherung für die Konjunktur durch die Dresdener Bank ist sehr bemerkenswert; umso unverständlicher ist der jetzige Sturm gegen die Arbeitslosenversicherung. Industrie und Banken hätten es ja in der Hand, durch ausreichende Preissenkung und Kapitalverbilligung die fruchtbare Wirkung der Arbeitslosenversicherung unter Verringerung übermäßiger Reichszuschüsse wieder zur Geltung zu bringen.

Bilanz und Gewinnrechnung der Dresdener Bank beweisen von neuem, dass 1929 für die Banken kein Glanzjahr war. Die Dresdener Bank hat durch Schachts Vermittlung und mit einer preussischen Ausfallsgarantie Hugensbergs Ostbank für Handel und Gewerbe übernommen, aus der Pleite der Deutschen Beamtenbank und der Reichsbund-Bank der höheren Beamten eine eigene Spar- und Kreditanstalt errichtet und weiterhin in der Provinz mehrere Filialen und Depositenkassen eröffnet. Auch infolge dieser Erweiterungen haben sich die fremden Gelder von 2 113 auf 2 276 Millionen vermehrt. Der Umsatz ist bei einer Erhöhung der Kontenzahl von 289 000 auf 338 000 von 225 auf 248 Milliarden gestiegen. Gleichzeitig haben

sich die Debitoren um 135 auf 1003, die Wechselbestände um 55 auf 563, die Vorschüsse auf lagernde und schwimmende Waren um 18 auf 397 Millionen Mark erhöht. Den katastrophalen Rückgang des Börsengeschäftes zeigt die Verringerung der Börsen- und Pfanddarlehen von 114 Millionen auf die Hälfte! Die Notwendigkeit, nabestehende Unternehmungen an der Börse zu stützen, hat die eigenen Wertpapiere von 29 auf 40 Millionen steigen lassen. Dabei sind jene Papiere nicht berücksichtigt, die der von den Berliner Grossbanken gegründeten Bank für Industriewerte zu Stützungszwecken zugeführt wurden.

Die Zinsgewinne sind zwar noch von 36,0 auf 37,3 Millionen gestiegen. Auch die Gewinne aus Beteiligungen erhöhten sich um 0,4 auf 2,4 Millionen Mark. Aber die Provisionseinnahmen sind von 40 auf 37,7 Millionen gesunken; wohl der empfindlichste Verlust aus dem schlechten Börsenjahr. Bei einer Steigerung der Handelsunkosten von 58 auf 59,8 und einer Senkung der Steuern von 7,5 auf 7,2 Millionen bleibt ein Reingewinn von 11,4 Millionen, der gegenüber dem Vorjahr (13,4 Millionen) recht beträchtlich zurückbleibt. So wird zwar die gleiche Dividende von 10 % gezahlt, die Reserven können aber im Gegensatz zum Frühjahr aus dem Reingewinn nicht gestärkt werden.

Auch bei der Dresdener Bank hat trotz des gesteigerten Umsatzes das Personal wieder am stärksten bluten müssen. Es wurde, obwohl die Ueberlastung der Bankbeamten notorisch ist, weiter von 8 357 auf 8 020 Angestellten verringert.

SPD. Die Gesellschafterversammlung des Ostelbischen Braunkohlensyndikats hat am Dienstag Stellung zu den in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Vorwürfen genommen, die gegenwärtige Organisation in der Braunkohle werde von bestimmten Gruppen (Petschek) zur Erzielung ungerechtfertigter Gewinne ausgenutzt. Die Versammlung einigte sich auf folgende Erklärung: "Durch die Presse sind wiederholt Mitteilungen gegangen, denen zufolge das Syndikat, beeinflusst durch die Gruppe J. Petschek, entgegen Beschlüssen des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates sowie im Widerspruch mit dem Reichswirtschaftsministerium, die Höhe des Handelsnutzens des Kohlenhandels festgesetzt habe. Es wird festgestellt, dass die deutsche Kohlenwirtschaft dem Kohlenwirtschaftsgesetz unterliegt, und dass die Aufsicht über die Kohlenwirtschaft ausser von den hierzu berufenen Organen, Reichskohlenrat und Reichskohlenverband, durch das Reichswirtschaftsministerium ausgeübt wird. Ein Syndikat kann daher nur im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden den Handelsnutzen regeln. Dies trifft auch für das Ostelbische Braunkohlensyndikat zu, so dass die über unzulässige Höhe des Handelsnutzens verbreiteten Nachrichten ebenso jeder sachlichen Grundlage entbehren, wie die aus den unzutreffenden Behauptungen gezogenen Schlüsse."

Natürlich ist diese Erklärung im Sinne der Nutzniesser des ungerechtfertigten Handelsgewinnes abgefasst, nämlich im Sinne der Petschekgruppe. Unzweifelhaft sind die Handelsgewinne in der Braunkohle überhöht und bedürfen der Revision. Es ist an der Zeit, dass die Angelegenheit endlich mal in Fluss kommt. Hoffentlich trägt die eigentümliche Erklärung der Gesellschafterversammlung dazu bei.

Nur geringe Wirkung des Zollkompromisses.

(Berliner Getreidebörse vom 19. März)

SPD. Die bevorstehende neue Zollerhöhung für Weizen hatte zur Folge, dass die Weizenkurse am Mittwoch merklich anziehen konnten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren Preissteigerungen von $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Mark festzustellen. Auch im Handel mit effektiver Ware konnte sich die Notierung um 2 Mark befestigen, zumal dem geringen Angebot gute Nachfrage gegenüber stand. Roggen hatte dagegen trotz knappen Angebotes sehr ruhigen Markt. Es fanden nur kleine Umsätze zu wenig veränderten Preisen statt. Für Weizenmehl wurden z.T. etwas höhere Forderungen gestellt. In beiden Mehlsorten war die Geschäftstätigkeit gering. Hafer hatte gute Nachfrage, namentlich für den Export. Die Tendenz war ziemlich fest.

	18. März	19. März
	(ab märkische Station in Merk)	
Weizen	237 - 240	240 - 243
Roggen	144 - 149	144 - 149
Braugerste	160 - 170	162 - 172
Futter- und Industrieroggen	140 - 150	142 - 152
Hafer	118 - 128	121 - 131
loco Mais Berlin	156	157
Weizenmehl	26,50 - 34,25	26,75 - 34,50
Roggenmehl	20,00 - 23,50	20,25 - 23,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,75 - 8,00	8,00 - 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 249, Mai $259\frac{1}{2}$ - $259\frac{3}{4}$, (Vortag 258). Juli 267 ($264\frac{1}{4}$). Roggen März 158 - 159 (169). Mai $166\frac{1}{2}$ - 166 ($166\frac{1}{2}$). Juli 172 - $171\frac{1}{2}$ Brief (171). Hafer März - (125), Mai $137\frac{1}{2}$ - 137 Brief (135) Juli $142\frac{1}{2}$ - 143 - $142\frac{1}{2}$ Brief (141).

SPD. Ueber die Erneuerungsverhandlungen beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat wird vom Syndikat folgendes mitgeteilt: "Eine Zechenbesitzerversammlung befasste sich mit einer Reihe von Einzelanträgen auf Umwandlung von Verbrauchs- in Verkaufsbeteiligung, Beteiligungsübertragungen, sowie Sonderwünschen nach Beteiligungserhöhung. Nach eingehender Beratung kam man überein, die letzteren vorläufig zurückzustellen, um erst in den allgemeinen Fragen zu einer vollständigen Einigung zu gelangen."

SPD. Die Verhandlungen zwischen dem Farbentrust und den Ruhrzechen über eine Regelung auf dem Stickstoffmarkt stehen vor dem Abschluss. Der Farbentrust beherrschte lange Zeit den Markt fast souverän. Dann entwickelten die Ruhrzechen grosse Stickstoffbetriebe, die sich allmählich zu einer empfindlichen Konkurrenz für die I.G. Farbenindustrie ausgewachsen haben. Die Stickstoffkapazität in Deutschland dürfte gegenwärtig rund 1 Million Tonnen Reinstickstoff pro Jahr betragen. Davon kann der heimische Markt nicht ganz die Hälfte aufnehmen. Der Sinn der Verhandlungen ist, zu einer Produktionseinschränkung und Quotenverteilung zu kommen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 19. März 1930.

Der König der Könige.^x

Paris, im März.

SPD. "La ilaha illallah" - Allah ist Gott - ruft in der grossen Pariser Moschee der oberste mohammedanische Priester über die Köpfe der am Boden liegenden Muselmanen hinweg. "La ilaha illallah" - und tausend Gläubige richten den Oberkörper auf, legen den Zeigefinger über die Lippen, das Zeichen des grossen Schweigens, der Atem stockt, im Hintergrund öffnet sich eine Pforte, und auf einer Vahre hereingetragen, mit einem Tuche bedeckt, kommt der am Tage zuvor in einem Pariser Krankenhause gestorbene Ahmed Mirza, Exschah von Persien, der König der Könige, wie ihn Gesetz und eine tausendjährige Tradition nannten!

Erst 32 Jahre alt ist Ahmed Mirza im Exil an einer unheilbaren Krankheit zugrunde gegangen, der Letzte der Dynastie Kadjar, die seit 1794 in Teheran residierte. Teheran! Persien! Wunderlang. Die Märchen aus tausendjähriger Nacht werden wach, die seidenen Teppiche, das Gold, die Edelsteine glänzen und funkeln, Rosenöl, Weihrauch und alle Wohlgerüche duften, es fliessen die Wasser aus marmornen Brunnen, die Tänzerinnen schmiegen sich im Rhythmus der unsichtbaren Musik und Gesänge: Persien, Märchen der Erde! So lebten sie, die Könige aller Könige - so lasen wir es in den Geschichten des Orients.

Was wussten und was wissen wir aber vom persischen Volke? Nur eins war bekannt: dass Russland und England sich um die gewaltigen Schätze des Bodens und der Natur dieses Landes streiten und raufen, und dass die russische Revolution von 1905 auch die Millionen der persischen Bauern und Arbeiter in Bewegung brachte. Die Märchen der Nacht wurden für die Könige vom rauhen Tage des sozialen Kampfes unterbrochen. Wogen der Unruhe und der Revolution, Reform, Parlament. Die Imperialisten Russlands und Englands mischen ihre Karten und mengen sich ein. Ahmed Mirzas Vater besteigt den Thron. Mit Kanonenschüssen jagt er das Parlament nach Hause. Wer hat die Kanonen bezahlt, wer hat sie geliefert? Nur eins ist sicher: das Blut des Volkes fliesst in den Strassen von Teheran. Der Schah muss abdanken; er flieht ins Ausland und stirbt 1925 in San Remo.

Unterdessen regiert sein Sohn. Mit elf Jahren wird er "König der Könige". Die wahren Herrscher sind zwei Minister. Der eine hat die Unterstützung Russlands, der andere die Englands. London siegt über Petersburg. Der junge König flieht nach Russland. Von hier aus versucht Ahmed Mirza seinen Thron zurückzugewinnen. Der Weltkrieg folgt, die neue russische Revolution; der Zar und der Zarismus sind längst dahin, aber das Russland der Sowjets setzt in Persien die alte Politik gegen England fort. Nur die Namen der Hauptstädte haben sich geändert, und Ahmed wartet nun in Moskau. Mit Moskaus Hilfe kommt er 1921 ins Land seiner Väter zurück. Aber 1923 verordnet ihm der Ministerpräsident und Diktator Riza Khan, der sich eine starke Militärmacht geschaffen hat, eine Reise nach Europa.

Die Märchen sind aus. Ahmed Mirza geht ins Exil nach Paris. Er lebt dort in den Hotels, vergnügt sich am Badeleben der Riviera, im Winter in den amerikanischen Bars und Nachtlokalen, streut mit vollen Händen Geld und Diamanten unter die Halbwelt, ist der freigibigste Kavalier, und wo immer er erscheint, blitzt und blinkt der Reichtum Persiens, von dem er nach bekanntem Brauch sei-

nen königlichen Anteil ins Exil mitgehen hiess. In Paris ist Ahmed Mirza verdorben und gestorben wie so viele seinesgleichen: als blasierter Lebemann, mit 32 Jahren ein welker Greis und unheilbarer Kranker, einst der Schah von Persien, der "König der Könige."

In der Moschee von Paris haben sie ihn auf einen Stein gelegt, wie jeden Sterblichen, und weil er auch als Toter nicht mehr in die Heimat zurückkehren darf, wird sein Leichnam nach dem Irak gebracht, damit er wenigstens im geweihten Boden des Orients von seiner Reise, von seinen Abenteuern und seinen Märchen ausruhen kann. Die Könige sterben, aber die Völker leben und schreiten fort.....

Jakob Altmaier.

Der Brief ohne Unterschrift.^x

SPD. Ratsmann Vopel betrat mit kurzen, kleinen Schritten das Amtszimmer, das wohligh durchwärmt war, hängte umständlich Hut und Schirm an den Kleiderhaken, wie schon seit dreissig Jahren Tag für Tag. Hut und Schirm waren inzwischen mehreremale erneuert worden - Vopel war der gleiche geblieben, und seinem leicht ergrauten Haar merkte man kaum die 63 Jahre an.

"Sind neue Unterstützungsgesuche da, Mertens?" fragte er mit erwartungsvoller Stimme. Inspektor Mertens kannte diese Frage im voraus. Er reichte einige blaue Aktendeckel über den Tisch. "Sechs neue Sachen. Dann sind die Akten Pahlmüller und Schulthess zur Unterschrift fertig." Vopel nickte dankend, rückte den Stuhl zurecht und las bedächtig Wort für Wort die Gesuche. Von Zeit zu Zeit hob ein Seufzer seine nicht allzu breite Brust, durchlebte er doch in Gedanken selbst das unerbittliche Elend, dass auch ganz Aufrechte auf die Knie zwang, ihnen halb wider eigenen Willen die Feder in die Hand drückte, um Hilfe zu erbitten.

Plötzlich stuzte Vopel. Diese etwas schörkelige Schrift, mit den spitz zurückfahrenden Strichen an den Wortenden kam ihm so vertraut vor. Er las die Unterschrift: Herta Karthaus. Zuckte die Achseln. Der Name war ihm fremd, aber diese Schrift.....

"Mertens, haben wir hier schon einen Vorgang Karthaus, Herta, Karthaus, Grüner Weg 4?"

Sinnend streichelte der rundliche Mertens das Kinn: "In den acht Jahren, die ich unter Ihnen arbeite, Herr Rat, bestimmt nicht. Vorsichtshalber werde ich auch die alte Kartei nachsehen." Er trat an den riesigen gelben Aktenschrank, blätterte längere Zeit. "Nein, nichts".

"So. Danke vielmals. Kann mich auch irren."

Der Name Karthaus blieb mit Widerhaken im Gedächtnis haften. Verschwommene Schriftzüge tanzten gleichsam vor Vopels Augen herum. Mit einem Ruck erhob er sich - seine Gedanken gingen einen bestimmten Weg - zurück, Jahre, Jahrzehnte. Er strich sich über die Stirn. Löste sich endlich ein Rätsel?

Langsam nahm er Mantel, Hut, Schirm, zog sich umständlich an. "Mertens, ich bin in zwei guten Stunden wieder hier. Lassen Sie die Frau - ja, richtig, Frau Karthaus durch einen Boten auf elf Uhr herbestellen. Wiedersehn!"

Schneller als sonst strebte Ratsmann Vopel seiner Junggesellenwohnung zu. Auf der halbdunklen Diele stiess er fast mit der Nachbarin zusammen, die regelmässig seinen Haushalt versah. "Nanu, schon zurück, Herr Rat?"

"Ich - ja, bitte - gewiss - lassen Sie sich nicht stören, Frau Hermann; ich gehe bald wieder."

In dem altmodischen Sekretär mit den vielen Fächern und der längst stumpf gewordenen Mahagonischreibplatte kramte Vopel aufgeregt herum. Briefbündel, mit Bändern sorglich verschnürt und durch kleine Zettel gekennzeichnet, liess er

aufmerksam durch die Hände gleiten.

Und da - seine Pupillen wurden gross - das verblasste Brieflein da -

Er musste sich in den hohen Lehnstuhl nahe am Fenster setzen, zog scheu, als könnte er auf böser Tat ertappt werden, das Gesuch der Frau Karthaus aus der Seitentasche des Rockes. Diese Schrift und die im verblassten Briefe gleichen sich auf ein Haar bis auf die etwas unsicheren Züge im Bittgesuch!

Vopel kramptes sich das Herz zusammen. Nach fast vierzig Jahren spielte ihm der Zufall das Werkzeug einer gemeinen Tat in die Hand. Er stützte schwer den Kopf in die zitternde Hand, las nochmals den Brief, den er doch auswendig kannte: "Wenn Sie Ihre Verlobte auf unrechten Wegen ertappen wollen, müssen Sie heute um 8 Uhr am Portal II der Fusilierkaserne sein!" Nichts weiter. Keine Unterschrift. Als er den Brief erhielt, hatte er laut aufgelacht. Luise ihm untreu! Aber das Gift wirkte. Und am Abend stand er im Schatten einer grossen Ulme vor der Kaserne. Es schlug von der Marienkirche acht Uhr. Ihn hatte gefröstelt trotz der lauen Juniluft. Schon wandte er sich triumphierend zum Gehen - da leuchtete Luises Kleid auf. Er wollte schreien. Besann sich. Der bittere Kelch - Das schwere Tor knarrte. Ein Leunant. Der Posten präsentierte. Nachlässig fuhr eine Hand zum Mützenrande. Der Wind wehte zerrissene Worte herüber: "nicht böse - nicht früher -" Und dann verwehter Kuss.

Wie erstarrt wartete er auf Luises Rückkehr. Als er Luise allein fand, sie zur Rede stellte, versagte ihr die Stimme. Sie wurde totenblass. Dann sagte sie halblaut, mit verhaltenem Weinen: "Denk nicht böse von mir, Johannes! Aber - ich kann es dir nicht erklären."

Mit trockenem Lachen hatte er den Verlobungsring vom Finger gestreift, in ihre eiskalten Hände zurückgelegt, am nächsten Morgen schon die alte Stadt verlassen.-

Nach langen Jahren erfuhr er durch Zufall, dass er Luise bitter Unrecht getan: Sie hatte gegen das Verbot ihres gestrengen Vaters hin und wieder ihren leichtsinnigen Bruder Helmut besucht, der Offizier war.

Das schlug Vopel die tiefste Wunde seines Lebens. Er hatte Luise nicht vergessen können, die Erinnerung in Arbeit ertränkt. Aber das Andere wühlte und frass.-

Ein gealterter Mann ging langsam die breiten Rath austreppen hinauf.

"Haben Sie Frau Karthaus bestellt, Mertens?" Wie müde das klang!

"Jawohl, Herr Rat. Sie wartet im Nebenzimmer."

Heiss schoss etwas in ihm hoch: er wollte Hoffnungen zertrümmern, wie ihm einst Lebensglück zertrümmert worden war. "Ich lasse bitten!" Gespannt sah er nach der Tür. Ein gebeugtes Mütterchen wankte herein. Etwas würgte ihn im Halse. "Bitte, nehmen Sie Platz, Frau Karthaus! Sie sind Witwe? Wie lange ist ihr Mann tot? Neun Jahre - bitte schreiben Sie, Herr Inspektor! Hm. Wie viele Kinder? Fünf. Alle erwachsen. Hm. Und keines unterstützt Sie?"

Frau Karthaus bewegte hilflos den Kopf.

"Wie alt sind Sie jetzt? 58? Schwer krank? Ach ja, hier ist das Attest: Jajaja, - gut. Wie war doch Ihr Mädchennamen?"

"Tenbrink".

Ratsmann Vopel fuhr sich mit dem Zeige- und Mittelfinger zwischen Hals und Rockkragen. Also die! Die! Warum nur? Sie waren Nachbarskinder gewesen - miteinander aufgewachsen, aber nie hatte er daran gedacht, ihr mehr zu sein als Freund.

Er sah die halb erloschenen Augen ängstlich auf sich gerichtet, das Zittern dieser gekrümmten Finger. Plötzlich wurde ihm leicht ums Herz. "Es ist gut, Frau Karthaus. Wir werden Ihnen helfen. Schon in den nächsten Tagen -"

Dann ergriff Ratsmann Vopel einen weissen Bogen Konzeptpapier und schrieb langsam, mit verhaltenem Schwung: "Anweisung für die Kasse: An Frau Karthaus, Grüner Weg 4, sind jeden Monatsersten von meinem Gehalt 40 Mark zu schicken."

Es ging wie ein stilles Leuchten um seinen Mund; er erhob sich, zog einen verblassten Brief aus der Rocktasche, riss ihn langsam in kleine Fetzen und streute sie feierlich wie ein Sämann in den Papierkorb. Emil Rath.

Der transneptunische Planet.

SPD. Vor einigen Tagen kam aus Amerika eine aufsehenerregende Nachricht. Auf dem Lowell-Observatorium in Arizona ist ein neuer Planet entdeckt worden, der jenseits des Neptun, des letzten bisher bekannt gewesenen Planeten unseres Sonnensystems, um die Sonne kreist. Das ist eine der grössten astronomischen Entdeckungen der letzten Jahre, durch die die Grenzen unseres Sonnensystems um viele hundert Millionen Kilometer in den Weltraum hinausgerückt werden. Schon lange wurde von den Astronomen die Vermutung des Vorhandenseins eines Planeten jenseits des Neptun geäussert, die durch gewisse Störungen in der Bahn des Neptun berechtigt erschien. Der bisherige letzte Planet ist ja ebenfalls durch Störungen, die er in der Bewegung des Uranus hervorrief, fast zu gleicher Zeit von den Astronomen Leverrier und Adams im Jahre 1846 errechnet worden. Der Astronom Galle von der Berliner Königlichen Sternwarte am Enckeplatz hat am 23. September 1846 den "mit der Spitze der Feder" entdeckten neuen Planeten, nur eine We-nigkeit von der angegebenen Himmelsstelle entfernt, mit dem Fernrohr aufgefunden. Schon Leverrier hatte damals auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, dass eine Erweiterung des Sonnenstaates durch Feststellung von Störungen in der Bahn des Neptun möglich sei, der sich bekanntlich in 165 Jahren einmal um die Sonne bewegt. Als Kuriosum sei hier auch erwähnt, dass gleichzeitig mit Leverrier der amerikanische Hellseher Andrew Jackson Davis die Behauptung aufstellte, dass ihm das Vorhandensein eines 8. (Neptun) und 9. Planeten bekannt sei, dass er aber nichts Näheres verraten wolle, um die Forschungsarbeiten nicht unnötig zu erleichtern.

Nun, die Arbeiten wurden von den Gelehrten nicht gescheut, und seit Jahren haben verschiedene namhafte Astronomen sorgfältige Untersuchungen zwecks Ermittlung des grossen Unbekannten jenseits des Neptun angestellt. Die Berechnungen erwiesen sich aber als ausserordentlich schwierig, da die Störungen, die der Neptun in seiner Bahn zeigte, nur sehr gering waren und er ausserdem seit seiner Entdeckung erst ungefähr einen halben Umlauf zurückgelegt hatte. Auch war es nicht unmöglich, dass die Störungen in der Neptunbahn durch die Einwirkungen der inneren, sonnennäheren Planeten hervorgerufen wurden. Professor Newcomb, der verstorbene grosse amerikanische Astronom, erzielte trotz seiner umfassenden Arbeiten kein Resultat. Eine andere Methode zur Errechnung des Planeten ist von Forbes, Flammarion und Pickering angewendet worden. Langjährige Beobachtungen hatten ergeben, dass die sogenannten periodischen Kometen für die Lage ihrer Sonnenferne auf einen bestimmten Planeten hinwiesen. Es scheint so, als ob die Kometen von den Planeten eingefangen und in ihre gegenwärtige Bahn gezwungen worden sind. Derartige Einflüsse von Planeten auf die Bahngestalt der Kometen konnten vielfach an direkten Beispielen nachgewiesen werden. Ausser der Kometenfamilie des Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun gibt es in unserem Sonnensystem noch 4 Kometen, deren Bahn die Existenz eines transneptunischen Planeten möglich erscheinen liess. Es sind auch verschiedene Orte auf Grund dieser Methode berechnet worden, ohne dass bisher die Auffindung des "Unbekannten" gelang. Anfang 1928 ging zwar schon einmal die Nachricht durch die Presse, dass in Kapstadt der langesuchte Planet entdeckt worden sei. Die Mitteilung erwies sich jedoch nachher als falsch.

Durch die Entdeckung des Lowell-Observatoriums ist die Vermutung der Astronomen von dem Vorhandensein eines unbekanntem Bruders der Erde endlich bestätigt worden. Die Entdeckung wurde bereits am 21. Januar gemacht, jedoch hielten die Astronomen die so lange geheim, bis die Feststellungen einen Irrtum als ausgeschlossen erscheinen liessen. Die Auffindung erfolgte mit Hilfe der wertvollsten Helferin des modernen Astronomen, der Himmelsphotographie. Mit einer grossen, ausserordentlich lichtstarken Linse wurde der neue Planet auf einer hochempfindlichen photographischen Platte festgehalten, auf der er sich

den Forschern als ein kleiner, unscheinbarer Fleck zu erkennen gab. Er steht im Sternbild der Zwillinge, wo er durch verschiedene Berechnungen auch vermutet wurde. Der Leiter des Lowell-Observatoriums, Dr. Slipher, erklärte, dass der "transneptunische Planet" wahrscheinlich fünfundvierzigmal so weit von der Erde entfernt sei als die Erde von der Sonne; das wären 6750 Millionen Kilometer. Der neue Planet ist so lichtschwach, dass er dem menschlichen Auge auch durch grosse astronomische Fernrohre nicht sichtbar ist. Erst längere Beobachtungen werden es gestatten, Umlaufszeit und Grösse des neuen Bürgers unseres Sonnensystems festzustellen.

Erich Krug.

Der erste Farbentfilm.

SPD. Seit einem Jahre kämpft die deutsche Filmproduktion verzweifelt gegen den amerikanischen Tonfilm. Der Leidtragende bei diesem törichtem und aussichtslosen Beginnen ist der deutsche Filmbesucher, der verurteilt ist, die technisch zurückgebliebenen einheimischen Stücke anzuhören. Ausser "Singing Fool" mit Al Jolson ist kaum ein zweiter amerikanischer Tonfilm hereingekommen - alle andern werden in verstümmelter Form, nachträglich stumm gemacht und mit albernen deutschen Zwischentexten versehen, gezeigt.

Jetzt hat abermals ein amerikanisches Stück die Sperre durchbrochen: "Cilly". Es bringt zwei Neuerungen auf einmal: Ton und Farbe. Einzelne Filmpartien waren schon vor Jahren koloriert gezeigt worden: etwa in "Ben Hur" alle Episoden aus der biblischen Geschichte, oder ein Traum, der durch die Farbe von der Wirklichkeit unterschieden werden sollte. Aber das war immer sehr unbefriedigend gewesen und hatte mehr gestört als ergötzt. Aehnlich wie bei den farbigen Reproduktionen von Gemälden hatte man den Eindruck, die Originalfarbe werde verfälscht. Inzwischen hat sich die Technik erstaunlich vervollkommnet. Zwar verwischen sich noch immer die einzelnen Farbtöne bei Fernaufnahmen - die Figuren sehen aus, wie in den Hintergrund hineingeschmiert - aber bei Nahaufnahmen werden, etwa bei der Wiedergabe einer Revue, überraschend prächtige Wirkungen erzielt. Wieder bestätigt es sich, dass die amerikanischen Tonfilmapparaturen ("Vitaphone") die Artikulation der menschlichen Stimme bedeutend schärfer wiedergeben als die deutschen, die vorläufig mehr Qual als Genuss bereiten.

Freilich dürfen auch die Nachteile des Farbentfilms nicht verschwiegen werden. Der Film, der in seiner stummen Gestalt international war, wird jetzt wieder in nationale Schranken eingezwängt - die deutschen Zwischentexte sind peinlicher Ballast und zerren den Film in die Länge. Und die Farbe wird zu einer Veräusserlichung führen: dazu, dass man die schöne Hülle dem Gehalt vorzieht. Der psychologisch interessante Film wird in die Ecke gestellt werden. Von der Handlung dieses Films "Cilly" lohnt es sich überhaupt nicht zu reden; so unglaublich flach und banal ist sie. Der Millionärssohn muss natürlich wieder die kleine tugendhafte Kellnerin heiraten, und die Theaterunternehmer sind Wohltäter der Menschheit. Ein bisschen dünner Fitz wirkt weiter nicht störend.

Der Kapitalismus hat bisher noch alle Erfindungen verfälscht. Sind sie jedoch gut, so werden sie sich auch gegen ihre Ausbeuter durchsetzen.

Hermann Hieber.

Der Junker und die Bauernfrau.^x

SPD. Ein Personenzug im ostpreussischen Grenzgebiet. Die dritte Klasse war knallvoll. Ein Bauernfrauchen wurde deshalb vom Schaffner in ein Abteil der zweiten Klasse gewiesen, in dem ein einzelner Reisender in den Polstern lehnte. Es mochte ein Junker sein, anfangs der Dreissiger. Er trug Gamaschen, dunkelgrüne Reithosen, Jägerjackett. Seine Augen blickten ein wenig hochmütig über die Einsteigende hinweg. Nach einer Weile sagte die Frau: "Würde Sie so gut sein, Herr, und mir sage, wann mir in Heinsdorf halte."

Um des Junkers Mund wird ein scharfer Zug sichtbar. Er sagt nichts. Längere Pause.

"Ich tu' nämlich heut' noch nach Wisfeld mache, aber wisse Sie, ich bin nit so ganz bekannt in der Gegend."

"Ich unterhalte mich nicht mit Ihnen", sagt der Junker zornig.

"Aber, Herr, ich weiss hier wirklich garnit Bescheid. Sie könne mir doch wenigstens sage, wann mir do sein."

"Sie brauchen sich keine Mühe zu geben. Ich unterhalte mich nicht mit Leuten Ihrer Art." Der Ton des anderen ist schon bedeutend schärfer.

"Aber, lieber Herr, es isch doch sonst koiner hei, do könnet Sie mir das doch wirklich sage."

"Ich habe Ihnen doch gesagt und wiederhole Ihnen jetzt zum letzten Mal: ich unterhalte mich nicht mit Leuten Ihrer Art." Schneidend kommen die Worte heraus.

Bedrückt sitzt das Frauchen in seiner Ecke. Nach einer Fahrt von etwa zwanzig Minuten beginnt sie sich zum Aussteigen fertigzumachen, wahrscheinlich, um auf der nächsten Station in einen anderen Wagen umzusteigen. Plötzlich meint sie: "Mer sollt' nit meine, dass es Leut' gibt, wo achtundvierzig Jahr alt sein und immer noch ein Benehme habe wie oin dreckiger Lummel."

Da fährt der Junker vom Sitz hoch und schreit, hochrot im Gesicht: "Sie, was erlauben Sie sich da! Wer sagt Ihnen überhaupt, dass ich achtundvierzig Jahre alt bin, was?"

Da meint das Fraule ruhig: "Jo, wisse Sie, bei uns dahoim im Dorf, do isch der Sohn vom Schornsteifeger, des isch oin halber Idiot, und he werd näkschte Woche grad vierezwanzig."

Der der Zug jetzt hielt, stieg das Frauchen aus.

Werner Lobbenberg.

SPD. Künstliches Fleisch.^x Eine Parallele zu dem Verfahren des deutschen Chemikers Bergius, Holz in Zucker zu verwandeln, ist die Fabrikation von künstlichem Fleisch in China und Japan. Während Professor Bergius eine völlige chemische Umwandlung erreicht, wird bei der Herstellung von "künstlichem Fleisch", allerdings mehr der Geschmack getroffen. Die Fabrikation geschieht durch Verarbeitung der Stärke von Soyabohnen mit schwefliger Säure. In Japan verwendet man dieses Nahrungsmittel, das dort "Afinomato" heisst, so häufig wie Zucker und Salz. Auch in chinesischen Restaurants findet das "künstliche Fleisch", das bedeutend billiger ist als Frischfleisch, reissenden Absatz.

SPD. Zurückgewiesene Neugier.^x Napoleons Minister Talleyrand wurde einmal von einer aufdringlichen schielenden Dame gefragt: "Wie gehen eigentlich die Staatsgeschäfte, Excellenz?" Da diese Geschäfte zu dieser Zeit Talleyrand gerade viel Ärger machten, sagte er, indem er der Dame in die Augen sah: "Wie Sie sehen, Madame...."

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

23)

SPD. Und er erzählte in einem plötzlichen Mitteilungsbedürfnis, wie er eines Abends Corentine Gounit allein getroffen und sich in sie verliebt hätte. In direkter Rede wiederholte er die etwas linkischen Worte, die sie beim Spaziergang um den Teich miteinander gewechselt hätten. Er hatte der Frau, die von einem durch Politik und Alkohol halb wahnsinnig gewordenen Manne geprügelt wurde, jedes Wort geglaubt. Er erzählte, wie oft sie das Dorf durchquert hätte, um ihn in den Nächten aufzusuchen, wo sie Gounit auf hoher See wusste. Und während er sein Herz erleichterte, verstand der erfahrene Houarz, auf welche Art die ehemalige Dirne, der das regelmässige Leben bald leid geworden war, sich Abwechslung verschafft hatte: einen Monat war Houarz an der Reihe, der als al-Kumpan die Erinnerung an ihr Hurendasein auffrischte, - den nächsten Monat spielte sie dem jungen Redec eine sentimentale Komödie vor.

Und so versuchte er Redec, nachdem dieser sich erleichtert hatte, klarzumachen, dass man den Dingen der Liebe nicht so viel Bedeutung beimessen dürfe. Alles in allem war Corentine, wie alle anderen Frauen. Sie betrog ihren Mann, folglich roskierte auch der Geliebte betrogen zu werden. Sie wollte gar keinen treuen und anständigen Menschen. Auch ihre Vergangenheit sprach gegen sie. Diese Lügnerinnen waren alle gleich! Was hätte er nicht alles in seinem Leben in dieser Beziehung erlebt und mit eigenen Augen gesehen!

Zwischen Redecs Brauen blieb eine strenge Falte stehen. Er konnte Corentines Beteuerungen und ihr freundschaftliches Wesen nicht vergessen. Er sah den Hohlweg zur Klippe vor sich, den er so oft mit ihr gegangen war: man kam an einen einsamen Strand, wo sie sich eng nebeneinander gesetzt hatten. O, wie gut sie lügen konnte!

Plötzlich schrie er: "Und dieser Gounit! Dieser Kerl! Hat der Mann denn keine Augen im Kopf!"

Sehr logisch erwiderte sein Kamerad: "Das hättest du als erster zu spüren bekommen!"

Diese Bemerkung liess Redec innehalten. Er konnte nicht umhin zuzustimmen. "Stimmt!... Da kann man nichts sagen..."

Und gelehriger lauschte er dem anderen, der ihn zu trösten versuchte. Mit sentimental, dann mit praktischen Gründen und schliesslich mit Scherzen gelang es Houarz, ihn zu überzeugen. Sie nahmen die unterbrochene Mahlzeit wieder auf und wurden mit Hilfe des Apfelweines auch wieder etwas munterer.

"Er ist also nicht gekommen", sagte Redec, als die Uhr halb zwei Uhr zeigte.

"Trotzdem", meinte Houarz, "wäre doch was Besonderes gewesen, nicht? Wenn er mit uns vom Apfelweine seiner Frau getrunken hätte..."

"Seiner Frau?"

"Natürlich! Sie hat mir den Korb zurecht gemacht, damit ich ihn mitnehme. Sie hat doch ein ganz gutes Herz... Sie dachte an uns beide..."

Redecs Gesicht wurde ganz glatt.

"Wollen wir auf ihre Gesundheit trinken?" schlug er vor und fasste nach der vierten Flasche.

"Zum Teufel, das ist man ihr wohl schuldig!"

Ihre Leiber waren vom vielen Essen gebläht. Ihre Gesichter glänzten. Eine gewisse Weinseligkeit beschwerte ihre Glieder und umfing ihre Gedanken.

"Was sie wohl treiben mag, während wir alle beide hier draussen sind?" meinte Redec, in dem Erregung in manchen Augenblicken noch nachzitterte.

Houarz antwortete skeptisch: "Vielleicht hat sie sich einen dritten gesucht..."

"Verdammter Gounit! Dem will sie wohl rings um den Kopf Hörer aufsetzen!"

"Er ist aber auch selber dran schuld!" meinte Houarz und kaute dabei.

"Dieser Kerl will gar nichts glauben und sich über alles lustig machen. Zur Strafe hat ihm der liebe Gott diese Allerweltsfrau gegeben."

Redec tauchte einen Zwieback ein; schnell schnappte er nach dem einen Ende, das, durch das Gewicht der angesaugten Flüssigkeit schwer geworden, abzubrechen drohte. Dann sagte er: "Der hat wohl nie etwas geahnt?"

"Allerdings nicht! Denn ich weiss, dass er seine Frau liebt! Und dass er sehr eifersüchtig ist. Er wäre imstande, ihr und auch ihrem Galan ordentlich, eines auszuwischen!... Aber bis jetzt hat sie sich immer noch herausschwindeln können."

Houarz hatte sein Glas geleert. Er schüttete den letzten Tropfen auf den Boden, wischte sich mit der Hand über den Mund, seufzte zufrieden und fuhr in der Unterhaltung fort: "Macht nichts, hab' ihn nie gemocht, diesen Gounit... Mit seinem Blick von unten herauf und seinem Benehmen, als passe er nicht zu den anderen... Deswegen bin ich auch ganz zufrieden, dass er wegen des schlechten Wetters nicht gekommen ist. Wir haben es ruhiger so...."

"Ja, ja", übertrumpfte ihn Redec, "der Mann, der immer gegen Gott schreit, ist kein Christ. Mir kommt es gar nicht geheuer vor, ich meine immer, er ist so etwas wie ein Zauberer oder Prophet...."

"Ach was!" sagte der andere, "reg' dich nicht auf, altes Haus! Mach' lieber die Zeitkontrolle - ich geh' hinauf und sehe nach der Lampe."

Es schneite immer noch. Die Strahlen des Leuchtfuers, die die Nacht durchschnitten, verwandelten die Schneeflocken in goldene Schmetterlingsschwärme. Der Schnee hatte sich sogar geballt und bildete auf dem westlichen Fenster der Laterne eine dicke Kruste. Houarz musste hinausgehen und ihn mit einem Schaber abkratzen.

"Irgendwelche Lichter zu sehen? Damit ich den Stand aufnehmen kann....", fragte ihn Redec, als er herunterkam.

"Du kannst überall null eintragen", antwortete Houarz und wärmte seine roten Hände, indem er sie anhauchte. "Was für eine Nacht! Kein Wetter für Schiffe.....!"

Bis zur Dämmerung wachten sie miteinander. Mit dem Tage hörte der Schnee auf. Starke Windstöße hatten die Wolken beiseitegefegt, Am Himmel flatterten nur noch einige kupfrige Wolken, die sich gleich einem Fächer über den Türkishimmel spannten. Am Horizont verbarg ein dunkler Streifen mit goldenem Rand die aufgehende Sonne.

Beide Männer hatten eine schwere Zunge und einen schweren Kopf. Daher schlug Houarz vor, als das Licht gelöscht und alles sauber gemacht war: "Wie wär's, wenn wir ein wenig Luft schnappten? Das würde uns ganz gut tun....."

Von der Brise war nur noch ein unterirdisches Rollen der Wellen übrig geblieben. Sie konnten einige Schritte machen und die wohltätige Kälte tief einatmen.

"Zum Kuckuck!" sagte Redec, der stehengeblieben war und ins Weite sah, wobei er seine Hand über den Rand seiner Mütze legte, "ich bin doch nicht verdreht.... Sag' mal, Houarz...., sieh mal... geradeaus über meinen Finger weg.... Da ist doch etwas!.... Sollte das nicht Gounit sein?"

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

146. Sitzung vom 19. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht der von den Sozialdemokraten, Demokraten, vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag auf öffentlichen Anschlag der Kundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März zum Youngplan.

Abg. Oberföhrer (Dnat) gibt folgende Erklärung ab: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei sieht in dem Antrag Dittmann und Gen. einen parteipolitischen Akt, durch den die Antragsteller den Versuch machen, ihre eigene Verantwortung vor der breitesten Öffentlichkeit auf den Herrn Reichspräsidenten abzuschieben, das Staatsoberhaupt in den parteipolitischen Kampf hineinzuziehen und sein weltgeschichtliches Ansehen für sich auszunutzen. (Lärmende Zurufe und Unruhe b.d. Mehrheit.) Von unserer Überzeugung, dass der Herr Reichspräsident in seiner Kundgebung von einer irrigen Auffassung der gesamten Lage und der Folgen des Youngplans ausgeht, können wir uns auch nicht durch die Gefühle der Verehrung abbringen lassen, die wir seiner historischen Persönlichkeit schulden. Unser "Nein" gilt dem gekennzeichneten Charakter des Antrages der Koalitionsparteien. (Unruhe links, Beifall rechts)

Abg. Stöcker (Komm): Wir könnten eigentlich dem Antrag zustimmen, denn damit wird den Massen auf dem Lande gezeigt, dass auch ihr sogenannter Nationalheros Hindenburg in die Reihe der Fronvögte gehört, die das internationale Finanzkapital zur Auspressung des deutschen Volkes benutzt. (Präs. Löbe er sucht den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mässigen.) Gleichzeitig wird durch den öffentlichen Anschlag die verlogene und heuchlerische Agitation der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen den Youngplan gebrandmarkt, denn von Hindenburg bis Goebbels und Stöhr führt eine Linie. Wir beantragen eine Ergänzung dahin, dass mit angeschlagen wird die Drohung des Reichspräsidenten, mit Hilfe des Art. 48 die zur Auspressung des Volkes bestimmten Zoll- und Steuergesetze durchzuführen, wenn der Reichstag damit nicht bis zum 1. April fertig wird. (Unruhe).

Abg. Drewitz (Wirtschaftspt.): Wir haben bei der Youngberatung den nationalsozialistischen Antrag auf Anschlag der Curtius-Rede abgelehnt aus finanziellen Gründen. Wir bekennen uns zu der vom Reichspräsidenten in seiner Kundgebung ausgesprochenen Mahnung zur Einigkeit, aber mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage lehnen wir den öffentlichen Anschlag ab.

Abg. Hepp (Chr. Nat.) verliest eine Erklärung, in der zunächst die Younggesetze als eine unerträgliche Belastung des deutschen Volkes bezeichnet werden. Die Christlich-Nationalen, so heisst es weiter, folgen durchaus der Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit, aber die verlangte Plakatierung dient nicht dazu, die von ihm erhobene Mahnung zu erfüllen, weil damit die Autorität des Reichspräsidenten für die Younggesetzgebung gemissbraucht wird. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

Abg. Strasser (Nat. Soz) erklärt, Hindenburg sei für die Nationalsozialisten und Frontsoldaten die Verkörperung der alten Armee. Der vorliegende Antrag sei aber unterschrieben von den Parteien, die planmässig die alte Armee zerstört hätten. Als Reichspräsident sei Hindenburg immer mehr ein Stabilisationsfaktor der marxistisch-liberalen Republik geworden. Die revolutionäre Jugend könne dem Präsidenten auf diesem Wege nicht folgen. Wenn jetzt Dittmanns Unterschrift in Verbindung mit dem Namen Hindenburg erscheine, so sei das eine marxistisch-jüdische Perfidie (Präs. Löbe rügt diesen Ausdruck.)

Zunächst wird der kommunistische Ergänzungsantrag gegen Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. - Die namentliche Abstimmung über den Hauptantrag ergibt die Annahme des Antrages auf öffentlichen Anschlag mit 218 gegen 130 bei 26 Stimmenthaltungen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs auf Verlängerung der Pachtschutzordnung bis zum 30. September 1931.

Die Vorlage wird mit den dazu gestellten Anträgen dem Siedlungs-Ausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung der Zoll- und Steuer-Vorlagen, die zum finanziellen Deckungsprogramm der Regierung gehören.

Eine Vorlage verlangt die Erhöhung des Benzinzolls von 6 auf 10 Mark und die Einführung eines Benzolzolls von 10 Mark. Dafür soll nach der Regierungsvorlage der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer auf 10 % herabgesetzt werden, während der Reichsrat 15 % beantragt.

Die in einer weiteren Vorlage verlangte Änderung der Tabaksteuer soll durch Verkürzung der Zahlungsfristen und Aufhebung der Tabaksteuerlager 32 Millionen einbringen.

Durch ähnliche Änderungen soll der Ertrag der Zuckersteuer um 9 Millionen erhöht werden.

Dazu kommt die Mineralwassersteuer, aus der den Ländern 40 Millionen zufließen sollen, und schliesslich die Biersteuer.

Schliesslich ist mit den Vorlagen verbunden die Beratung des Entwurfs, wonach aus dem Reservefonds der im Zusammenhang mit der Industriebelastung stehenden Bank für Industrie-Obligationen 50 Millionen an die Reichskasse fließen.

Präsident Löbe teilt mit, dass der Reichsfinanzminister erst in der zweiten Beratung das Wort nehmen wolle.

Abg. Dr. Rademacher (Dnat) erinnert an die im Dezember angekündigten Steuersenkungen in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten. Vielmehr werde der deutschen Wirtschaft eine Neubelastung von 405 Millionen zugemutet. Seit Dezember betrage die absolute Neubelastung der Steuerträger sogar 925 Millionen. Der Redner schildert dann die Lage der deutschen Wirtschaft. Er verweist auf die Arbeitslosigkeit, auf den Rückgang des Wertes des landwirtschaftlichen Besitzes. Erschütternd seien auch die Berichte aus dem gewerblichen Mittelstand. In der Chemnitzer Maschinenfabrikation seien von 22 Betrieben 12 stillgelegt, in der Textilindustrie von 18 Betrieben 14. Alle Grosstädte litten unter erheblichen Haushaltsdefiziten.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erklärt, er wolle heute nur auf die vom Vorredner aufgeworfene grundsätzliche Frage eingehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Versprechungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren liessen: Ich habe, so erklärt der Minister, in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht. (Zwischenrufe der Deutschnationalen) Wenn Sie (nach rechts) sich einmal ein paar Stunden die Drucksachen durchsehen würden, dann könnten Sie an meiner Erklärung nicht zweifeln. Ich habe gleich die erste Gelegenheit benutzt, um auf die Veränderungen in der Kassenlage hinzuweisen, darauf, dass die Ausgaben, besonders in der Arbeitslosenversicherung, weit über die ursprünglichen Schätzungen hinausgingen. Wenn Dr. Rademacher oder ein anderer Deutschnationaler an meiner Stelle stände und einen nicht ausbalanzierten Etat und eine höchst ungünstige Kassenlage vorfände, wenn er vor der unerträglichen Situation stände, dass das Deutsche Reich pumpen muss, um nur den Ultimo zu überwinden, - dann würden doch auch Sie in erster Linie darüber nachdenken, wie vor allen Dingen die Kasse saniert werden kann. Das ist viel wichtiger als der Streit darüber, welche frühere Regierung vielleicht an der Entstehung der Schwierigkeiten mitschuldig ist. Ich habe nach der Möglichkeit von Ersparnissen zu suchen und habe mich dabei gegen Ausgabenforderungen aller Parteien zu wehren. Man kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen, denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken. Der andere denkbare Weg wäre der einer entsprechenden Senkung der Beamtgehälter, ein

Vorschlag, gegen den ich mich mit grösster Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen wende. Erreichen können wir nur etwas, wenn wir systematisch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Ausgaben senken und in der Verwaltung sparen durch zweckmässige Gestaltung und durch den Abbau von Ausgaben. Wir arbeiten bereits daran. Ich arbeite gemeinsam mit dem Reichssparkommissar an einem Ausgaben senkungsgesetz für Reich, Länder und Gemeinden. Ich hoffe, dass später nicht jeder Vorschlag auf Zusammenlegung von Finanzämtern im Reichstag mit dem Protestruf beantwortet wird: "Das ist für meine Stadt unerträglich!" In dieser Beziehung sind die Abgeordneten nicht weniger Sünder als die Männer in der Regierung. Der Reichsrat wird am Donnerstag das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden und noch in dieser Woche das Gesetz über die Einkommensteuersenkung. Sie sehen daraus, dass es uns durchaus ernst ist mit der Absicht, über die Sanierung der Kasse zu der Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Wie wenig wir die Notlage der Landwirtschaft verkennen, haben wir bewiesen durch das Hilfswerk, das gerade in diesen Stunden vereinbart worden ist. Wir täuschen uns nicht über den Ernst der Lage, aber wir halten es auf der andern Seite auch nicht für richtig, alles schwarz in schwarz zu malen und der Öffentlichkeit zu sagen: es wird immer schlechter und schlimmer! Wir haben den dringenden Wunsch, dass das Gesamtwerk der Finanzreform, Kassensanierung und Entlastung der Wirtschaft, möglichst schnell verabschiedet wird und zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft führt.

Abg. Dr. Neubauer (Komm) meint, mit der Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts Müller sei der Gipfel der Arbeiterfeindlichkeit erreicht. Bezeichnend ist dass der Reaktionär Hindenburg als Retter dieses von einem Sozialdemokraten geleiteten Kabinetts einspringen musste. Der Redner bespricht dann die einzelnen Zoll- und Steuervorlagen, die durchweg die Tendenz hätten, die arbeitenden Massen unerträglich zu belasten und dafür das Kapital zu begünstigen. Der Reichsfinanzminister legt einen Benzin- und Benzolzoll vor, der dem Reich 60 Millionen bringen soll, aber ganz sicher den deutschen Benzolproduzenten ein Geschenk von 25 Millionen im Jahre bringt, wovon 10 Millionen auf den Farbentrust entfallen. Interessenten in dieser Beziehung sind auch der demokratische Abg. Dr. Hummel und der volksparteiliche Abg. Dr. Kalle. Dieser Finanzminister Moldenhauer, der als reicher Mann den Farbentrust, an dem er selbst interessiert ist, bereichert, er legt neue finanzielle Lasten den armen Leuten auf, er will die sozialen Leistungen abbauen und die Lohnsteuer erhöhen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Ohne auf die Einzelheiten des Benzin- und Benzolzolls einzugehen, will ich nur erklären, dass dem Reichskabinett bereits eine Vorlage zugeleitet ist, über eine entsprechende Abgabe von der inneren Produktion. Auf die persönlichen Angriffe des Vorredners erwidere ich, dass ich selbstverständlich bei Übernahme meines Minister-Amtes sofort meinen Aufsichtsratsposten bei der J.G. Farben-Industrie niedergelegt habe und dass zwischen mir und dieser Gesellschaft keinerlei finanzielle Beziehungen mehr bestehen. Es ist selbstverständlich für einen Minister und es ist nur bedauerlich, dass man bei solchen Anlässen genötigt ist, Selbstverständlichkeiten eines anständigen Mannes noch einmal zu sagen.

Abg. Colosser (Wirtschaftsppt.): Bei den vorliegenden Gesetzentwürfen handelt es sich um das Ende eines Trauerspiels. Als nach dem spurlosen Verschwinden Hilferdings Dr. Moldenhauer Finanzminister wurde, glaubten wir, jetzt habe ein Mann das Ruder ergriffen. Inzwischen sind wir enttäuscht worden. Durch die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien ist der Steuermann in die Ecke gedrückt worden. Die Regierungsparteien kommen nicht zu Rande, weil keiner den Mut zu der Erklärung hat, dass auch die Sozialversicherung kein Blümchen Rührmichnichtan sein kann, wenn wir aus der Finanznot herauskommen wollen. Im Gegensatz zu ihren englischen Genossen haben die deutschen Arbeiterführer

leider noch nicht eingesehen, dass mit Lohnerhöhungen allein die Schwierigkeiten nicht zu überwinden sind. In den vorliegenden Entwürfen sieht die deutsche Wirtschaft keinen Rettungsweg, sondern nur den Versuch, über die dringendste Not hinwegzukommen. Angesichts der unerträglichen und ungerechten Steuerbelastung der Wirtschaft braucht man sich über eine sinkende Steuermoral nicht zu wundern. Wirklich unmoralisch ist es aber, dass aus Reichsmitteln Steuerspione bezahlt werden. Die Kapitalflucht ist angesichts des Steuerdrucks und des dem Menschen nun einmal anhaftenden Egoismus zu verstehen. Ein Ausländer, der kürzlich seine deutschen Grundstücke für 5 Millionen verkauft hatte, stellte fest, dass er für dieses Kapital in Deutschland jährlich 170 000 Mark, in der Schweiz aber nur 24 000 Mark Steuern zahlen muss. Das Versprechen von Steuersenkungen wird heute von der Wirtschaft garnicht mehr ernst genommen. Die Schuld tragen nicht die Sozialdemokraten allein, sondern auch die bürgerlichen Parteien einschliesslich der Deutschnationalen.

Abg. Keil (Soz.):

Es ist komisch, wenn ausgerechnet ein Vertreter der Wirtschaftspartei die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei an das Verantwortungsgefühl mahnt. Wo wäre die Wirtschaftspartei und diejenigen, die hinter ihr stehen, wenn die Sozialdemokratische Partei nicht in den schwersten Jahren der deutschen Geschichte stets in die Bresche gesprungen wäre, wo die Not am grössten war, und wo die Wirtschaftspartei keinerlei Verantwortung übernommen hat. (Andauerndes Geschrei der WiP) Auch die Arbeiterfreundlichkeit des deutschnationalen Redners war komisch, wenn man sich erinnerte, wie wenig Verständnis für die Arbeiterinteressen sonst bei dieser Partei anzutreffen ist. Grundflasch ist die Behauptung, dass wir den Arbeitern gesagt hätten, sie würden von den Reparationslasten frei bleiben. Ich bitte, uns auch nur eine solche Äusserung vorzulegen! Herr Rademacher (Dntl) hat uns auch Unwahrhaftigkeit vorgeworfen, und da tut der Redner einer Partei, die ihren Anhängern verschweigt, dass der Youngplan die Belastung Deutschlands in den ersten Jahren um 700 Millionen jährlich verringert, und dass ein Erfolg des Kampfs gegen den Youngplan die furchtbarste Krise über unsere ganze Wirtschaft verhängen würde. (Sehr wahr! links) Dann hat er noch gefragt, wo das Dezemberprogramm der Reichsregierung geblieben sei. Ja, weiss er denn nicht, dass seither die Reichssteuereerträge erheblich zurückgegangen sind, die Arbeitslosigkeit rapid angewachsen ist und diese ganze Situation verursacht ist durch den verlorenen Krieg, woraus sich die Mahnung ergibt, alles zu tun, um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern. Wenn das Etatsjahr 1930 trotz der Entlastung in der "Reparationspolitik" dem Deutschn Volk die Enttäuschung bringt, dass statt der in Aussicht gestellten Steuersenkung zunächst eine steuerliche Mehrbelastung eintritt, so ist das ausser den erwähnten Momenten auch auf die falsche Finanzpolitik der letzten Jahre zurückzuführen. Wir haben gegen die Erweckung phantastischer Hoffnungen auf Steuersenkung schon beim Dezemberprogramm starke Vorbehalte gemacht. Unsere Zweifel haben sich als vollkommen berechtigt erwiesen. Schon im Januar d.J. hat der Reichsfinanzminister sich genötigt gesehen, zu erklären, dass das Dezemberprogramm nach Tempo und Ausmass Änderungen erfahren müsse, und dass die Sanierung der Reichsfinanzen der Steuersenkung vorangehen müsse. Dieser Erklärung haben wir ohne Einschränkung zugestimmt. Auch wir wünschen eine Steuersenkung, aber bevor sie in Angriff genommen wird, müssen die Voraussetzungen dafür gegeben sein.

Die deutsche Steuerbelastung ist gewiss sehr schwer, aber das ist kein Wunder, da wir den grössten Krieg der Weltgeschichte verloren und die grösste Kriegsentschädigung aller Zeiten zu tragen haben. Steuersenkung auf Kosten der ordnungsmässigen Etatsgebahrung wäre der schwerste Fehler. Die Sanierung der Reichskasse und die Tilgung der schwebenden Schulden wird den öffentlichen Kapitalmarkt erleichtern und die Nachfrage nach Kapital unter günstigeren Be-

lungen zu decken ermöglichen. Damit wird den Interessen der Gesamtwirtschaft ungleich mehr gegeben, als wenn phantastische Hoffnungen auf Steuer-senkung erweckt werden. (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Während der Rede des Finanzministers hat Graf Westarp den Zuruf "Hilfer-lingpleite" gemacht. Draussen wird mit Behauptungen ähnlicher Art und von so-zialdemokratischer Misswirtschaft Stimmung gegen unsere Partei zu machen ver-sucht. Nun, der jetzige Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Dr. Ober-fohren, hat bei der vorjährigen Etatsberatung die Parole ausgegeben, mit einem offenen Defizit abzuschliessen. Was wäre das erst für eine Westarp-Pleite ge- worden! (Sehr gut! links) Trotzdem aber ist es im Vorjahr gelungen, neue Ein- nahmen von 120 Millionen zu erschliessen und echte Streichungen von ca. 100 Millionen vorzunehmen, also die Finanzlage des Reiches um mehr als 200 Millio- nen zu verbessern. Wenn trotzdem Schwierigkeiten entstanden und bestehende Schwierigkeiten grösser geworden sind, so hat die deutschnationale Fraktion kein Recht, Anklagen zu erheben. Als Sie massgebende Regierungspartei waren, seit 1925, haben wir nicht einen einzigen, nach den Vorschriften der Haushalts- ordnung in sich ausgeglichenen Etat verabschiedet. Der einzige Etat, der inner- lich ausgeglichen war, und noch einen erheblichen Überschuss hatte, war der Etat von 1924. Finanzminister v. Schlieben war 1925 eifrig besorgt, für die Aufbringung der Reparationslasten zu sorgen, damit auch, wenn sie 1929 ihr höch- stes Mass erreichen würden, Deckung vorhanden sei. Wären seine Nachfolger da- bei geblieben, so würden wir in diese Schwierigkeiten nicht hineingekommen sein. (Sehr wahr!) Der erste Versuch seit 1924, einen innerlich balanzierten Etat auf zustellen, ist 1929 von Hilferding gemacht worden. Dass dieser Versuch nicht vollkommen gelungen ist, liegt an der ablehnenden Haltung der Parteien, die sic- seinen Steuervorschlägen widersetzten. Dadurch sind die enorm angewachsenen Fehlbeträge entstanden, hinzu kam die Arbeitslosigkeit und die Verpflichtung, 450 Millionen Schulden aus laufenden Mitteln zu decken. Auch ist das Etatsde- fizit von 154 Millionen aus dem Jahre 1928 noch vorhanden. Vermehrung der Steuereinnahmen ist somit unabweislich, jedoch könnten wir sie uns viel einfa- cher und sozial gerechter vorstellen, als die Regierung sie vorschlägt. Unser Plan, einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, hätte die Lasten gerecht und gleichmässig nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflich- tigen verteilt; er trug den Charakter eines vorübergehenden Notopfers und hätte im nächsten Jahr wieder aufgehoben werden können. Die breiten Volksmassen und auch der Reichspräsident haben diesem Plan zugestimmt. Er hat aber bei den an- deren Mehrheitsparteien keinen Anklang gefunden.

Auch wir hoffen, dass die notwendige Steuersenkung in absehbarer Zeit kommt. Aber wir raten davon ab, angesichts der wechselnden Verhältnisse, sich heute schon darauf festzulegen. Kapitalbildung ist bei der Kapitalnot und dem Geldverlust infolge von Krieg und Inflation in Höhe von vielleicht 150 Milliar- den notwendig für die Wirtschaft. Aber nur keine übertriebenen Hoffnungen, dass jeder Pfennig Steuersenkung der Kapitalbildung zugute käme. Vergessen Sie nicht die gewaltige Rolle, die die Kaufkraft der breiten Massen im Wirtschafts- prozess spielt. Es gilt vor allem, zu überlegen, ob die zu ergreifenden Mass- nahmen nicht die Kaufkraft und damit das ganze Wirtschaftsleben bedrohen. (Sehr wahr! links) Nicht nur aus Menschlichkeit und weil es sich um unschuldige Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems handelt, sondern auch aus allgemein wirtschaftspolitischen Gründen dürfen die sozialpolitischen Leistungen nicht verringert werden. Andernfalls würde die Konsumfähigkeit und Kaufkraft der Massen eingeschränkt und die Wirtschaftsnot nur noch gesteigert werden.

Wir werden im Ausschuss sorgfältig auf den Schutz der Verbraucherschaft bedacht zu sein haben. Unser Leitstern wird heute und künftig sein, dass ohne kaufkräftige Verbraucherschaft und ohne leistungsfähige Arbeiterschaft es keinen Aufstieg der deutschen Wirtschaft geben kann. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Föhr (Z): Die Sanierung ist dringend notwendig; um sie parlamentarisch vorzunehmen, ist schnelle Erledigung erforderlich. Erst danach kann an Steuersenkungen gedacht werden.

Abg. Dr. Cremer (DVP): Erst wenn durch Beschränkung der Ausgaben und erhebliche Steuersenkung die Wirtschaft neu angekurbelt ist, kann die finanzielle Gesundung von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten. Es ist eine Schwäche der jetzigen Vorlage, dass sie bestimmte Teile des Hilferdingschen Steuersenkungsprogramms nicht enthält.

Abg. Dr. Reinhold (Dem): Wir sind bereit, die Sanierungsmassnahmen zu beschliessen, halten aber entschieden an der Steuersenkung fest.

Abg. v. Sybel (Chr.nat.): Der Minister hat sich persönlich verteidigt. Unsere Kritik ist nicht persönlich, wir bekämpfen das ganze System. Die Bauern müssen nur deshalb Reichshilfe verlangen, weil man ihnen das Recht auf Existenz genommen hat. Die landwirtschaftlichen Organisationen bemühen sich, die grosse Erregung ihrer Mitglieder zu mässigen. Bei dem jetzigen Ausmass der Not wird es uns nicht möglich sein, diese Politik lange fortzusetzen. Neue Gefahr droht vom deutsch-polnischen Handelsvertrag. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates über diese Vorlage ist nicht eingeholt worden, man fürchtete wohl eine Ablehnung. Das Agrarprogramm des Reichspräsidenten, das man auch plakatieren sollte, wird durch diese Vorlage nicht erfüllt.

Abg. Dr. Horlacher (Bayer.VP) betont die Notwendigkeit der Sanierung, bekämpft die Biersteuererhöhung, fordert Abschaffung der Kapitalertragsteuer für fest verzinsliche Werte und die Umsatzsteuer auf die Einfuhr.

Abg. Gandorfer (Bayer. Bauernb.) protestiert gleichfalls gegen die Biersteuervorlage, die die Grossbrauer bevorzuge und das Entstehen von Konkurrenzbrauereien auch genossenschaftlicher Art verbiete. Er schildert die Notlage der Kleinbauern und verlangt Einfuhrsperre für Weizen und Gerste. Auch die Mineralwassersteuer ist unerträglich und trifft sogar die Kranken, denen der Arzt andere Getränke (gemeint ist: als Bier) verschreibt. Der Nährstand darf nicht zugrunde gehen. (Beifall).

Damit schliesst die Beratung. Die Vorlagen gehen an den Steuerausschuss. Nächste Sitzung Montag, den 24.d.M. 15 Uhr: Kleine Vorlagen, Agrarzolländerungen, Maismonopol, Kaffee- und Teezoll.

Preussischer Landtag

SPD. **Berlin, den** 19. März (Erg. Ber.)

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtages wurde in ihrer vierstündigen Dauer fast ganz mit Abstimmungen ausgefüllt. Zunächst wurde ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer abgelehnt. Dafür stimmten nur die Kommunisten, dagegen die preussischen Regierungsparteien die von ihren 230 Abgeordneten nicht weniger als 222 zur Stelle hatten; die Rechte enthielt sich.

Anschliessend wurden die Abstimmungen zum Handelsetat nachgeholt. Die Mehrheitsparteien setzten mit 40 Stimmen Majorität die Festlegung der Ausbildungszeit der künftigen Handelslehrer auf sechs Semester Universitätsbesuch durch. Ein Entschliessungsantrag, der die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden stark beschränken wollte, verfiel mit einer Mehrheit von 18 Stimmen der Ablehnung. Die Grundvermögens- und Hauszinssteuer wurde in zweiter Lesung genehmigt. Endlich wurde das neue Fideikommiss-Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Eine Resolution gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand wird mit 196 gegen 178 Stimmen abgelehnt. Die Hauszinssteuervorlage wird in zweiter Lesung mit 201 gegen 177 Stimmen verabschiedet.

Wiederzusammentritt des Landtags 25. März mittags 12 Uhr: Justizetat.